Herner Anzeiger

Amtliches Publikations-Organ für den Stadtkreis Herne.

Zugleich: „Anzeiger für das Amt Sodingen" (Amtsblatt) und „Gerther Anzeiger".

Rotationsdruck und Verlag: Jngmanns & Koethers, Herne, Bahnhofstr. 71.

14. Jahrgang. Telegramme: Anzeiger Herne. Fernsprecher 961.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis Mk. 1.40 monatlich frei ins Haus gebracht; durch die Post bezogen viertelj. Mk. 4.20. Postscheckkonto Cöln 26667.

Jeder Abonnent des „Herner Anzeigers" ist mit 100 Mark gegen tödlichen Unfall gemäß den bekannt gegebenen Bestimmungen versichert.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil: H. Jngmanns, für den Anzeigenteil: J. Röttsches, Herne. Der auf die Anzeigen eingeräumte Nachlaß kommt bei Konkursen und gerichtlicher Klage in Wegfall.

Anzeigen werden die 1spaltige Petitzeile mit 20 Pfg., für auswärts mit 25 Pfg., Reklamen die Zeile mit 75 Pfg. berechnet. Auf alle Preise ein Teuerungszuschlag von 10%.

Nr. 300 — Freitag, den 27. Dezember 1918.

Das deutsche Wirtschaftsleben und die Friedensbedingungen.

Der unermüdliche deutsche Arbeitsgeist und die unserem Volke innewohnende Arbeitsenergie zeigen sich selbst in diesen schicksalsschweren Tagen. Allerorts befaßt man sich mit der Frage des Wiederaufbaues unseres Wirtschaftslebens in der Erkenntnis, daß die Arbeitsfrage, d. h. die möglichst baldige Rückkehr ordnungsmäßiger Wirtschaft, das wichtigste Problem für die nächste Zukunft ist. Zwei wichtige Gründungen haben sich hier vollzogen. Auf der einen Seite der Zusammenschluß der Gewerkschaften mit den Arbeitgebern und neuerdings die Errichtung eines deutschen Wirtschaftskongresses, der am 16. Dezember in Berlin im Blüthnersaal seine Gründungsversammlung hielt. Der Tenor der Reden, die bei dieser Gelegenheit gehalten wurden, war gestimmt auf den Grundsatz: Arbeiten und nicht verzweifeln, arbeiten auf dem Boden der neuen staatlichen Ordnung, arbeiten unter den neuen Verhältnissen ohne wehmütiges Zurückschauen, aber arbeiten, unter allen Umständen arbeiten. Zu dieser Erkenntnis ist auch die Reichsregierung gekommen.

Man darf zu den Trägern der deutschen Industrie und zu den führenden Männern der deutschen Volkswirtschaft das Vertrauen haben, daß sie trotz aller Schwierigkeiten die deutsche Volkswirtschaft in Gang bringen. Hindernd steht nur noch im Wege die Ungewißheit unserer Zukunft. Je schneller wir zum Frieden kommen, um so eher wird die deutsche volkswirtschaftliche Maschinerie wieder funktionieren. Darum erhebt die deutsche Presse aller Richtungen immer wieder mit Recht die Forderung, daß die Konsolidirung unserer innerstaatlichen Verhältnisse beschleunigt werden müsse, damit möglichst bald eine zuverlässige Regierung vorhanden ist, die auch von unseren Feinden als verhandlungsfähig anerkannt wird.

Wie aber werden die Friedensbedingungen ausfallen? Eine Einwirkung auf ihre Gestaltung hat Deutschland nicht mehr. Noch niemals hat ein Land so wehr- und waffenlos vor dem Abschluß eines Friedens gestanden, wie Deutschland nach diesem Weltkrieg. Wir müssen, an Händen und Füßen gefesselt, das diktatorische Urteil unserer Feinde ergehen lassen. Von einem Verhandlungs- und Rechtsfrieden kann keine Rede sein. Es wird ein Gewalt- und Diktatfrieden werden.

Es gibt zwei Möglichkeiten für diesen Frieden. Wird er abgeschlossen im Sinne des französischen Chauvinismus und der englischen imperialistischen Kapitalsinteressen, so muß Deutschland eine Ruine, ein Krüppel bleiben. Wir werden dann nicht nur Elsaß-Lothringen und das Saargebiet verlieren und damit die wichtigsten Lebensquellen für die westdeutsche Industrie, sondern auch Oberschlesien und Posen. Das linke Rheinufer wird im Besitz von Frankreich bleiben und zur Erfüllung der finanziellen Verpflichtungen, die man uns auferlegt, wird man die rheinisch-westfälischen Industriegebiete besetzen, d. h. in Wirklichkeit annektieren, da es vollständig ausgeschlossen ist, in menschlich absehbarer Zeit die Entschädigung zu zahlen, welche die Feinde uns auferlegen wollen.

Die zweite Möglichkeit besteht darin, daß Wilson sein Friedensprogramm gegen Frankreich und England durchsetzt und Deutschland als Wirtschaftseinheit bestehen bleibt. In diesem Falle würden wir, bei dem Fleiße und der Arbeitsenergie unseres deutschen Volkes in der Lage sein, nach einer schweren, harten Uebergangszeit uns wieder zu erholen. Für den Wilsonschen Völkerbund ist nur ein Deutschland möglich mit staatlicher Selbständigkeit und wirtschaftlicher Einheit, ein zerschlagenes und verkrüppeltes Deutschland wird in diesem Völkerbund einen Platz haben und ein ewiger Beunruhigungsfaktor Europas und der ganzen Welt sein. Wie weit Wilsons Kraft reicht, das zu erreichen und inwieweit sich in Frankreich und England die Bewegung durchzusetzen vermag, welche einen dauernden Weltfrieden wünscht, ist vorläufig nicht abzusehen. Je schneller aber die Entscheidung fällt, um so besser für uns, damit wir klar sehen können und dementsprechend die Maßnahmen zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft treffen können.

Inzwischen sollte das deutsche Volk dem Rufe der Reichsregierung Folge leisten. Vorläufig gilt es in unserem inneren Lande wirtschaftliche Ordnung zu schaffen. Jeder Tag, den wir zögern, bringt für uns neue Verluste. Unser innerer Markt ist aufnahmefähig für die vielseitigsten Produkte. Wenn die Industrien nur zögernd an die Befriedigung dieses Bedarfs herangehen, so ist schuld daran die Unsicherheit unserer sozialen Zustände. Die wichtigste Aufgabe der Reichsregierung ist deshalb für die nächste Zeit, den kopflosen und ins Uferlose gehenden Arbeitsbewegungen zu steuern, die mit ihren unerfüllbaren Forderungen in kurzer Zeit auch den Rest unserer Industrie zum Erliegen bringen. Hier liegen zwei Aufgaben vor: 1. Die Ausschaltung aller unverantwortlichen Instanzen in der Arbeiterbewegung, der sogenannten Arbeiter- und Soldatenräte-Wirtschaft. An ihrer Stelle müssen die dazu berufenen gewerkschaftlichen Organisationen in ihrem vollen Umfang eintreten. Sorgt die Regierung nicht dafür, daß hier Wandel geschaffen wird, so werden wir in kurzer Zeit ein Erliegen der Industrie erleben mit erschreckender Arbeitslosigkeit. 2. Möglichst baldige Herabsetzung der Lebensmittelpreise und der Preise für alle Gebrauchsartikel. Während für die Artikel, für die der freie Markt geblieben ist, schon jetzt eine Preissenkung beobachtet werden kann, sind alle zwangsweise rationierten Gegenstände in der alten Preishöhe geblieben. Eine Ermäßigung der Lebensmittelpreise und Gebrauchsartikel ist schon deshalb notwendig, um den Abbau der Löhne vorzubereiten und damit die Anpassung der Produktionsbedingungen an die Lebensfähigkeit der Industrie einzuleiten. Alle Schritte, welche die Regierung in dieser Richtung hin unternehmen wird, werden von den weitesten Volkskreisen unterstützt werden.

Politische Pflichten des Tages für die Frauenwelt.

Bis vor kurzem hielten viele Kreise die Frau grundsätzlich von der Politik fern; insbesondere hatte das Frauenstimmrecht schärfste Gegner. Viele Einwände wurden dagegen erhoben. Zum Teil ist das zweifellos mit Recht geschehen; aber nun ist die Zeit mit wuchtigem Schritt über alle Bedenken hinweggeschritten, und sie stellt uns vor die beherrschende Frage: Was muß geschehen, damit alle Frauen das Recht, das ihnen so unerwartet in den Schoß fiel, als eine Pflicht im Dienste des Vaterlandes auffassen? Wie können wir sie darauf vorbereiten, ihre neuen Aufgaben in kluger Ueberlegung, in tiefem Verantwortungsgefühl zu erfüllen? Wie können wir sie in ihrer politischen Ueberzeugung so festigen, daß Ueberredung und Beeinflussung sie nicht mehr wankend darin machen?

Wohl kein Land der Welt war auf das Frauenstimmrecht so wenig vorbereitet, wie unser deutsches Land und Volk. Es gab bei uns freilich Frauenvereine, deren Zweck die Bearbeitung der Frauenstimmrechtsfrage und die Förderung aber: Frauenstimmrechtsbewegung war. Aber diese Vereine hatten im Volk noch nicht Wurzel gefaßt. Ihre Mitgliederzahlen waren gering, ihre Literatur, obgleich sie zum Teil gut war und mit durchschlagenden Gründen arbeitete, besaß nur in einem verhältnismäßig kleinen Kreis von Anhängerinnen eine Einflußsphäre.

Die Frauenbewegung forderte freilich zum größten Teil programmatisch das Frauenstimmrecht; aber über die Form der akademischen Erörterung hinaus war die Frage auch in den großen Verbänden noch nicht gediehen. Weitergehende Beachtung fand sie von Zeit zu Zeit, wenn in einer der gesetzgebenden Körperschaften eine die Förderung des Frauenstimmrechtsbewegung war. der Frauenbewegung zur Verhandlung stand. Auch in diesen Körperschaften kam es dann gewöhnlich nur zu allgemeinen Erklärungen. Die Sozialdemokraten wiederholten ihre grundsätzliche Forderung des Frauenstimmrechtes, Freisinn und Nationalliberale sagten ihr „Noch nicht", Zentrum und Konservative ihr „Nein". Damit war die Sache zunächst wieder abgetan.

Die großen konfessionellen Frauenverbände hielten sich in der Behandlung der Frage durchweg zurück: Der Deutsch-Evangelische Frauenbund, indem er die Forderung ablehnte, der Katholische Frauenbund Deutschlands, indem er vorgab den Standpunkt unbedingter Neutralität festhielt. Doch legte er Wert darauf, in der Oeffentlichkeit immer wieder zu betonen, daß irgendwelche kirchliche und religiöse Bedenken gegen das Frauenstimmrecht nicht vorliegen, daß es aus dogmatischen Gründen also nicht abgelehnt werden kann, wobei er sich auf Autoritäten wie Mausbach, Faulhaber, Waitz und Kaufmann stützte.

Nun ist an die Stelle der akademischen Erörterung urplötzlich die Praxis getreten, und in verhältnismäßig kurzer Zeit sollen wir die Frauen auf die Wahlen zur Nationalversammlung vorbereiten. Die Arbeit wird nicht leicht sein. Denn die breite Masse der Frauen hat für politische Entwicklungen und Neugestaltungen — soweit wenigstens die Erfahrungen des Friedens reichen — nicht immer genügend Interesse gezeigt, und manchen sind die staatsbürgerlichen Grundbegriffe auch noch nicht so geläufig, um auf diesem Wissen die gesamte politische Schulungsarbeit aufbauen zu können.

Nur eine Partei hat es fertig gebracht, die Frauenwelt, die zu ihr gehört, im weitesten Umfange zu politisieren. Es ist die Sozialdemokratie. Der von ihr geforderte Klassenkampf war eben nicht ohne intensive Einstellung in die Politik des Tages möglich.

— Auch die katholischen Frauenorganisationen Deutschlands haben sofort nach dem Umsturz in der ersten Novemberhälfte begonnen, ihre Mitglieder in Wort und Schrift in ihre neuen Aufgaben einzuführen. Der Krieg hatte für eine allgemeine Politisierung der Frauen bereits wirksame Vorarbeit geleistet. Es war wohl auch den Zurückhaltendsten und Häuslichsten zum Bewußtsein gekommen, wie Weltverkehr und Weltpolitik das Gedeihen des Staates und damit das Gedeihen jedes einzelnen beeinflussen, wie Hauswirtschaft und Volkswirtschaft ineinandergreifen, wie das Wohl ganzer Schichten und Stände von der Lage des Arbeitsmarktes abhängt, wie unter der Teuerung, den hohen Steuern, dem Wucher, dem Fehlen der Rohstoffe mit in erster Linie die Frauen und Kinder zu leiden haben. Der Umsturz fügte weitere politische Einsichten hinzu. Die Diktatur des preußischen Kultusministers rüttelte gerade die katholischen Frauen auf und zeigte ihnen in scharfen Schlaglichtern, welch schwere Gefahren heute höchsten Kulturgütern unseres Volkes drohen. Und Frauen, besonders wenn sie mütterlich und familienhaft empfinden, fühlen sich ja im tiefsten Herzen als Hüterinnen dieser Güter, die sie — wenn es sein muß, auch im politischen Tageskampf — verteidigen müssen und verteidigen wollen.

Dabei führt der Weg der Katholikinnen naturgemäß zur Zentrumspartei, welche bisher als einzige die Forderungen des katholischen Volksteils vertreten hat. In dieser Beziehung ist die katholische Frauenbewegung günstiger gestellt als die Frauenbewegung des andern Lagers, die sich nach der politischen Anschauung auf fast alle Parteien verteilen muß. Bei uns aber braucht es politische Zersplitterungen nicht zu geben; starke Geschlossenheit ist bei den katholischen Frauenorganisationen wie auf vielen anderen Gebieten so auch in der politischen Zusammenarbeit möglich.

Dieses Gepräge der Geschlossenheit trug auch eine Sitzung, die der Katholische Frauenbund Deutschlands für den 22. November 1918 an seine Zentralstelle nach Köln einberufen hatte. Es waren die Vertretungen von etwa 1½ Millionen organisierter katholischer Frauen und Jungfrauen anwesend. Man einigte sich zunächst auf ein politisches Programm, das man den entsprechenden Instanzen der Zentrumspartei einreichte mit der Bitte, dazu Stellung zu nehmen. Dieses Programm enthält im wesentlichen Forderungen, wie sie bisher von der katholischen Frauenbewegung aufgestellt und vertreten wurden.

Um die politische Schulungsarbeit unter den eigenen Mitgliedern in eingehender Weise leisten zu können, schlossen die nachfolgenden Verbände: Der Katholische Frauenbund Deutschlands (Zentrale Köln), die Arbeitsgemeinschaft der Diözesanverbände katholischer Müttervereine (Vorort zurzeit Dortmund) und der Zentralverband der katholischen Jungfrauenvereinigungen Deutschlands (Zentrale Bochum) eine politische Arbeitsgemeinschaft ab, die den nachfolgenden Zweck hat:

1. in Frauenversammlungen und Frauenkonferenzen, in Kursen und Lehrgängen, ferner durch Verbreitung von entsprechenden Schriften aller Art die katholischen Frauen und Jungfrauen für eine umfassende politische Schulungsarbeit zu gewinnen;

2. mit den örtlichen Instanzen der Zentrumspartei jederzeit Fühlung zu halten und eine dauernde und verständnisvolle Zusammenarbeit mit ihnen zu pflegen.

Alle übrigen katholischen Frauenorganisationen wurden eingeladen, dieser politischen Arbeitsgemeinschaft beizutreten.

Auch die Frauenwelt weiß heute, daß die Nationalversammlung — vielleicht auf Jahrzehnte hinaus — das wichtigste Ereignis in der Entwickelung unseres Staates sein wird. Sie weiß, daß von ihr der Wiederaufbau unseres Staates abhängen wird, daß sie die letzte Entscheidung zu fällen hat, ob dieser Wiederaufbau im Geiste christlicher Staatsauffassung oder nach den Grundsätzen des Sozialismus vollziehen soll. Und entsprechend der Bedeutung der Nationalversammlung müssen auch gerade die katholischen Frauen dahin gekürt werden, daß sie „die politischen Pflichten des Tages erkennen und mit dem Mute einer heiligen, unumstößlichen Ueberzeugung und mit jener unbeugsamen Tapferkeit, die um letzte und höchste Dinge ihre ganze Kraft einzusetzen bereit ist, die politischen Aufgaben der nächsten Zukunft zu erfüllen.

Das deutsch-österreichische Staatsgebiet.

Nach dem gegenwärtigen Gesetzentwurf, der der provisorischen Nationalversammlung Deutsch-Oesterreichs vorliegt, wird unterschieden zwischen dem geschlossenen deutschen Sprachgebiet und den in den neuen slavischen Nationalstaaten eingesprengten Sprachinseln und Minderheiten. Jenes, das zum deutsch-österreichischen Staatsgebiet erklärt wird, umfaßt die Alpenländer (Nieder- und Oberösterreich, einschließlich der im Norden angrenzenden deutschen Gebiete von Südmähren und Südböhmen, Salzburg, Steiermark bis Petau und Marburg einschließlich der Südbahnlinie, Kärnten, Tirol ausschließlich des italienischen Südtirols, Vorarlberg) und die beiden neuen Provinzen im Sudetengebiet, nämlich Deutsch-Böhmen (West- und Nordböhmen) und Sudetenland (Westschlesien, Nordmähren, einige Bezirke Nordostböhmens einschließlich Schönbungigau.) Dieses Staatsgebiet bildet drei Teilgebiete, die untereinander nicht oder nur lose zusammenhängen, aber alle Teile des geschlossenen gesamtdeutschen Sprachgebietes in Mitteleuropa sind; Das große Gebiet der Alpenländer mit mehr als sechs Millionen Einwohnern, das mit Tirol, Vorarlberg, Salzburg und Oberösterreich an Bayern angrenzt, ferner Deutsch-Böhmen mit über zwei Millionen Deutschen, das an Bayern, Sachsen und Schlesien grenzt und endlich Sudetenland mit über 600 000 Deutschen, an Schlesien grenzend.

Zu diesem Staatsgebiet soll noch das Hetzendenland (Deutsch-Westungarn) mit etwa 300 000 Deutschen gelangen, die fort seit Karls des Großen Tagen siedeln und Jahrhunderte lang zur Ostmark bezw. dem großdeutschen Reich gehörten, so 786 bis 899, 1241 f., 1289 bis 1291, 1440 bis 1647. Im Jahre 1647 wurde dieses Gebiet durch einen autokratischen Akt des habsburgischen Landesfürsten, der zugleich König von Ungarn war, dem ungarischen Staat einverleibt gegen den Einspruch des niederösterreichischen Landtages. Es ist nur recht und billig, wenn dieses Grenzland, das ein Teil des geschlossenen deutschen Sprachgebietes ist, wieder zu Deutsch-Oesterreich zurückgelangt.

Die Sprachinseln und Minderheiten im ehemaligen Oesterreich sollen nach dem Gesetzentwurf bis zum Abschluß dauernder Vereinbarungen unter dem zeitweiligen Rechtsbereich des deutsch-österreichischen Staates stehen, später aber ebenso wie die im ehemals ungarischen Gebiet befindlichen zur „nationalen Interessensphäre" des deutsch-österreichischen Staates gehören. Es wird es sich angelegen sein lassen, die politischen und nationalen Rechte dieser Deutschen im Ausland durch Verhandlungen mit den betreffenden Staaten verfassungs- und völkerrechtlich sicherzustellen, sowie andererseits auch den Angehörigen fremder Völker im Deutsch-Österreich volle Freiheit gewährt werden wird. Schätzungsweise fallen 700 000 bis 800 000 Deutsche, die in Sprachinseln und Minderheiten innerhalb fremder Siedlungsgebiete wohnen, voraussichtlich an die fremden Staaten.

Um so entschiedener muß das deutsche Volk in Oesterreich darauf bestehen, daß das geschlossene deutsche Sprachgebiet dem deutsch-österreichischen Staat und damit der gesamtdeutschen Republik gewahrt wird, daß die von den Tschechen angeforderten deutschen Gebiete Böhmens, Mährens und Schlesiens (die Provinzen Deutschböhmen und Sudetenland und die an Nieder- und Oberösterreich angrenzenden deutschen Bezirke Südmährens und Südböhmens) im ganzen drei Millionen Deutsche, nicht gegen das Menschenrecht vergewaltigt werden. Und dasselbe gilt von Deutsch-Südtirol (Meran, Bozen, Brixen, Schlenders usw.), das 215 000 Deutsche umfaßt. Es ist gegenwärtig von den Italienern besetzt, es würde aber allen demokratischen und freiheitlichen Grundsätzen Hohn sprechen, wollten die Italiener Deutsch-Südtirol gemeinsam mit Welsch-Südtirol (Trentino) dem italienischen Staat einverleiben. Ein solcher Gewaltfrieden zugunsten der Tschechen oder Italiener stehe Europa nicht zur Ruhe kommen. Schon jetzt werden Gewaltakte tschechischer Sokoln (Turner) auf deutsche Gemeinden und Schießereien zwischen Deutschen und slavischen Heimkehrenden gemeldet. Kommt es nicht zu einer reinlichen Scheidung und gerechten Festsetzung der Grenzen, so haben wir die Unruhen des Balkans in Mitteleuropa. Es ist ein Menschheitsinteresse, daß das verhindert wird.

Die Wahlen zur Nationalversammlung.

Für die Wahlfreiheit im besetzten Gebiete.

WTB **Berlin**, 24. Dez. Um die Wahlfreiheit für die Nationalversammlung in den besetzten Gebieten zu erleichtern, sind von der neuen deutschen Waffenstillstandskommission am 23. nachmittags in Spaa folgende dringende Forderungen überreicht worden:

1. Freiheit für alle amtlichen Bekanntmachungen über die Nationalversammlung.

2. Freiheit für alle staatlichen Organe, welche mit der Aufstellung der Wählerlisten, Leitung der Wahlhandlungen, Entscheidung über Beschwerden über die Aufstellung der Wählerlisten, Feststellung des Wahlergebnisses usw. beauftragt sind.

3. Baldige Regelung des gesamten Personenverkehrs zwischen den besetzten und den nichtbesetzten Gebieten im Sinne weitherzigen Entgegenkommens, wie es Marschall Foch in Trier zusagte. Insbesondere müssen die Vorbereitungen für die Aufstellung der Wahlvorschläge ungehindert baldigst getroffen werden können. Die Wahlvorschläge sind bis zum 4. Januar 1919 festzustellen. Die Parteiführer müssen die Möglichkeit haben, ungehindert sich in den rechts- und linksrheinischen Gebieten zu treffen, da die Wahlkreise besetzte und unbesetzte Gebiete umfassen. (Die Erfüllung dieser Forderung ist besonders wichtig, da sonst die ganze Wahlhandlung unzulässig sein könnte.)

4. Freiheit des Personenverkehrs innerhalb des gesamten besetzten Gebietes, sodaß die Redner und Agitatoren, welche in den besetzten Gebieten wohnen, sich dort frei bewegen können.

5. Versammlungsfreiheit für alle Wahlversammlungen zur Nationalversammlung. Freiheit in der Verteilung der Flugblätter, Stimmzettel evtl. unter Aufsicht der Besatzungsbehörden.

6. Freie Zulassung der rechtsrheinischen Zeitungen mindestens von jetzt ab bis zum Tage der Wahl zur Nationalversammlung (19. 1.).

In Frankreich winkt man ab.

WTB **Paris**, 24. Dez. (Havas.) Das „Echo de Paris" macht Anspielungen auf die von den A.-S.-Räten der deutschen Kommission übertragenen Million

Heideblume.

Roman von D. Colonius. (31

Siebenzehntes Kapitel.

Nur Arno war und blieb innerlich überzeugt, daß diese Heirat eine sehr unglückliche sei; und er hatte zu dieser Ansicht schwerwiegenden Grund.

Einige Wochen nach der Verheiratung seiner Mutter empfing er ein Schreiben des Agenten Schrever, in welchem dieser um eine Unterredung bat, da einiges Geschäftliche zu ordnen sei. Wünsche es der Herr Baron, so werde Schrever sich die Ehre geben, ihn aufzusuchen, andernfalls möge der Herr sich zu ihm bemühen.

Schrever in seinem Hause! Der Mann, dem auch der Unkundigste seinen Lebensberuf auf zehn Schritte ansah! Was würde seine Frau, was seine Dienstboten bei seinem Erscheinen denken? Arno lachte ingrimmig, während er den Brief selber in tausend Stücke zerriß. Ihm war nicht wohl bei dem Gedanken, wie es um seine Verhältnisse stand.

Mehrfach war er in dem Hause am Mühlendamm eingekehrt und hatte sich dort bedeutende Summen vorstrecken lassen. Wo waren sie geblieben? — Ja, das wußte er nicht. — Sinnlos, nutzlos hatte er sie vergeudet. Aber den Agenten konnte er sich nicht beklagen, man behandelte ihn mit zuvorkommendster Höflichkeit und zu so billigen Bedingungen, daß er darüber staunte, wenn er mitunter von den Kameraden hörte, wie man in anderen Häusern zu verfahren pflegte. Aber Geschäft ist Geschäft, so mußten auch Schrever und Wehrmann leben, das sah Arno selber ein. Statt des Schuldscheines, den er am Verfalltage nicht einlösen konnte, stellte er einen neuen aus, und die aufgelaufenen Zinsen wurden einfach dazugeschlagen.

So ging es schon seit geraumer Zeit; wie viel er dem Agenten schuldete, wußte Arno selber nicht, er wünschte gar nicht, es zu wissen. Dachte er je daran, so tröstete er sich mit dem Vorsatze, er wolle seine Mutter in einer guten Stunde um ein paar tausend Taler bitten und damit seine Verhältnisse ordnen. Aber die erhoffte „gute Stunde" schlug nicht, seine Mutter schloß ihre zweite Ehe, und Arno vermochte nun nicht mehr, jene Bitte an sie zu richten. Jedenfalls würde der Graf davon erfahren, vor dem „blutarmen Eindringling" aber konnte der Sohn sich nicht demütigen.

So ließ er die Dinge ruhig weitergehen, und so kam jene Aufforderung ihm zu. Grollend mit sich, mit der Welt, machte er sich nach dem Mühlendamm auf, er freute sich der Abenddämmerung, die ihn umhüllte, des feinen Sprühregens, der herabrieselte. Er zog den Mantelkragen in die Höhe, wurde er ja dadurch um so sicherer davor geschützt, von Vorübergehenden erkannt zu werden.

Der Schreiber sah heute ausgehungerter und hohläugiger aus denn je; er erklärte, Herr Schrever sei in Geschäften abwesend, ob der Herr Baron nicht mit Herrn Wehrmann reden wolle? Dieser werde ihn gewiß ungesäumt empfangen. Andernfalls müsse der Herr sich nochmals bemühen.

Arno unterdrückte einen Ausruf der Ungeduld. Er sollte gehen, ohne zu wissen, was man hier von ihm wollte? Um morgen gar wieder zu kommen? Unmöglich! „Führen Sie mich zu Herrn Wehrmann!" befahl er.

Der kleine Schreiber wischte sorglich die Feder aus, ehe er sie niederlegte, dann ging er nach dem Geschäftszimmer des Agenten. Arno wollte folgen. „Verzeihen Euer Gnaden einen Augenblick," bat er. „Ich bin sogleich wieder da."

Hartenfels sah, wie jener an die Türe des zweiten Raumes pochte, dann stand er unbeweglich, mit vorgestrecktem Halse, als horche er gespannt auf einen Ruf von dort. Nach einigen Minuten erst trat er dort ein, wiederum mußte Arno warten. — endlos, wie es ihm deuchte. Endlich kam der Schreiber wieder: „Herr Wehrmann läßt Euer Gnaden bitten," sagte er. Leise wisperte er dabei: „Er ist das Haupt des Geschäfts."

Wehrmann saß in einem langen, abgeschabten, mit Schafpelz gefütterten Rock gehüllt, am Tische und schien in den Inhalt der Papiere vertieft, die er in seiner hageren, knochigen Hand hielt. Vor ihm stand eine kleine Lampe mit beweglichem Blechschirm ohne Glas, wie die Welt sie seit fünfzig Jahren nicht mehr kannt. Vermutlich entflammte sie einem vergessenen Winkel des Altwändlerladens draußen, den Wehrmann selber noch führte. Die trübe Flamme erhellte notdürftig die nächste Umgebung, füllte dagegen im Verein mit dem rauchigen Deichen das niedere Gelaß mit einem widerlichen, das Atmen erschwerenden Qualm. Dunkel war alles hier, von der verräucherten Decke bis zu dem schmutzigen Fußboden, so dunkel, daß Arno nicht unterscheiden konnte, was für Gegenstände an der Hinterwand der Stube sich befanden. Nur unklar, wie grau auf grau gemalt, hoben sich einige Umrisse schattenhaft ab.

In dieser Umgebung, in solch erstickender Atmosphäre lebte ein Greis, der, wie es schien, über bedeutende Mittel verfügte! Arnos Herz schnürte sich bei dem Gedanken zusammen. Was hatte jener Mann vom Leben? Ihm selber war das Geld bis jetzt nur als Mittel zum Zweck erschienen, kein Zweck aber blieb: Genuß! Daß man das Geld um keiner selbst willen lieben, damit eine Herrschaft über andere erlangen könne, der Gedanke lag ihm fern.

Jetzt stand der Alte auf, lüftete die Pelzmütze, die den fahlen Schädel deckte, und sagte mit fröhlich klingendem Tone: „Der Herr Baron wollen Schrever sprechen, aber der Schrever ist nicht da. Könnten der Herr vielleicht mit mir sprechen? Ich bin Schrevers Schwiegervater und gehöre mit zum Geschäft."

Nur undeutlich sah der Offizier die schmale Stirn, die blutleeren Wangen, die dünnen Lippen, aber er empfand den stechenden Blick des schwarzen Auges, der, während er ihn nur flüchtig streifte, bis in sein Innerstes zu dringen schien. Ihm war es, als fühle er einen körperlichen Schmerz. Sich zusammennehmend, erwiderte er ziemlich hochfahrend: „Verlangte ich nach Herrn Schrever, so geschah es, weil er mir schrieb, er habe mir wichtige Mitteilungen zu machen. Sie, als Teilhaber der Firma, wissen jedenfalls, worum es sich handelt."

„Allerdings, Euer Gnaden; muß ich es aber erst zu Ihnen sagen? Freilich, ein so vornehmer junger Herr — was kümmern den die Geschäfte? Das ist Sache des Schrever oder des Wehrmann. O die Jugend, die Jugend! s' ist eine schöne Zeit! Barfuß mußte ich laufen, oft ging der arme Junge hungrig zu Bette hinter einer Hecke, ihn begleitete aber die Hoffnung auf spätere Zeiten."

„Sehr interessant, Herr Wehrmann," fiel Arno ungeduldig ein. „Was aber habe ich damit zu schaffen? Kommen wir zur Sache."

„Was der Herr Baron damit zu schaffen haben? Viel oder wenig, wie man's nimmt. Ist immer lehrreich, die Erlebnisse eines alten Mannes zu hören. Kann einst vor langen Jahre so ein Bettelknabe an die Türe eines reichen Mannes, dort wurde er rauh weggewiesen. Hm, war in Ordnung. Nicht in Ordnung war es, daß jener Mann vom Leben nichts hatte, die er erhielt. Die machten nicht satt. Was geschah? Der Sohn des Mannes mußte den großen Besitz aufgeben, dazu hatten eigene Torheit und jener Junge verholfen."

„Abscheulich!" rief Arno unwillkürlich.

„Soll nicht der Väter Missetat heimgesucht werden an den Kindern? Hatten nicht auch jene Pestbeulen sie schwerst? Fast hätten sie dem Sohne auch seine neue Heimat gekostet. Schon hob der Rächer den Fuß, über die Schwelle zu treten, da . . . Aber lassen wir alte Geschichten ruhen, die niemand kümmern," brach er plötzlich ab.

In dem ganzen Gebaren des Alten, in der beherrschten Leidenschaftlichkeit seiner Rede lag etwas Fesselndes, Packendes.

„Wie war der Ausgang?" drängte Arno. „Wurde das abscheuliche Rachewerk vollendet?"

„Kann ich das wissen? Vielleicht ist's zu Ende, if der böse Junge gestorben. Aber unser Geschäft. Wollte Herr Baron nicht niedersitzen? Meine alten Beine sind auch schwach geworden. Die Jugend, o die schöne Jugend!"

Mit der Jugend hatte Wehrmann aber es Verstandesschärfe nichts einzuhüllt, im Gegenteil. Aus einer ledernen Brieftasche nahm er einige Papiere und reichte sie nacheinander Arno hin. „Der Herr Baron haben das geschrieben?"

„Allerdings. — wozu die Frage?"

„Nur der Ordnung halber," lächelte jener mit lechendem Blick. „Die Firma Schrever und Wehrmann hat mit dem Herrn Baron bedeutende Geschäfte gemacht ohne weitere Versicherungen als jene Papiere. Freilich hat der Herr Baron dabei auf Ehrenwort versichert, das Gut gehöre der Frau Baronin v. Hartenfels, seiner Gemahlin, als Gabe ihres Vaters. War der Firma genügende Sicherheit, wußten, die Frau Generalin v. Hartenfels hatte eine große Erschaft gemacht." Hier lachte Wehrmann, wahrscheinlich, um Atem zu holen, denn er hüstelte und drückte die Hand gegen die Brust.

Als des Ehrenworts erwähnt wurde, zuckte Arno leicht die Achseln zusammen; jetzt sagte er: „Was denn hätte sich hier geändert? Sie haben dieselbe Sicherheit wie früher."

(Fortsetzung folgt.)

von der interalliierten Kommission die Berechtigung zu verlangen, in den besetzten sogenannten deutschen Gebieten die Wahlen vorzunehmen. Sie unterlassen nichts, schreibt das Blatt weiter, den Präzedenzfall von 1870 anzurufen. Aber die Klausel des von ihnen auferlegten Waffenstillstandsvertrages forderte damals die unmittelbare Einberufung der Nationalversammlung mit der Aufgabe, den Friedensvertrag zu ratifizieren. Nun haben wir bis jetzt nicht einmal die Regierung Ebert-Haase anerkannt und wir haben deshalb, schreibt das Blatt, die Aufgabe, die Wiederherstellung und Einigung Deutschlands nicht zu erleichtern. Der Vorschlag, die deutschen Gefangenen abstimmen zu lassen, hat nicht einmal den Schein eines Präzedenzfalles für sich.

Um den Frieden.

Ein Weihnachtsgruß Wilsons.

WTB **Paris**, 25. Dez. (Agence Havas.) Anläßlich des Weihnachtsfestes sandte Wilson folgende Botschaft an das Weiße Haus in Washington: Ich hoffe, daß unsere Landsleute erfreut erfahren, daß ich ihre Kinder hier moralisch und körperlich bei guter Gesundheit angetroffen habe, und daß sie die Achtung aller derjenigen erwarben, an deren Seiten sie mitten im Kriege standen, sowie das Vertrauen aller, wohin sie kommen. Ich bin auch sicher, daß sie sich ebenso über die Versicherung freuen werden, daß die öffentliche Meinung aller der großen Nationen, womit wir im Kriege assoziiert sind, energisch alle Vorschläge aufrecht erhält, die auf einen gerechten und dauerhaften Frieden, sowie eine enge Zusammenarbeit der Völker der Welt abzielen, die sich selbst regieren und den Frieden festigen werden, sobald die schwebenden Vereinbarungen endgültig festgesetzt sein werden. Nichts vermag mehr unser Vertrauen an diesem Weihnachtstage zu befestigen, als die Gefühle, denen ich begegne und die überall die Oberhand haben.

Wilsons Friedensurkunde.

WTB **Chaumont**, 26. Dez. Wilson wurde hier bei seiner Reise zu den amerikanischen Truppen, mit denen er das Weihnachtsfest begehen will, begrüßt. Auf dem Plateau von Langres hielt er eine Truppenschau, bei der er in einer Rede u. a. sagte: Ich bin froh, Euch sagen zu können, daß kein Unterschied in den Ansichten der großen Führer besteht, mit denen zu beraten ich die Ehre habe. Die Aufgabe, die Friedensurkunde vorzulegen, fiel Amerika zu, eine Aufgabe, die umso leichter ist, als die beteiligten Völker diese Urkunde angenommen haben. Die ganze Welt weiß jetzt, daß die Völker, die am Kriege teilnahmen, bereit sind, das Werk zu vervollständigen, nicht nur zur Geltendmachung ihres eigenen Interesses, sondern auch zur Schaffung eines von Recht und Gerechtigkeit gegründeten Friedens. Da der Krieg ein Krieg der Völker war, muß auch der Friede ein Friede der Völker sein. Es darf nicht vernachlässigt werden, die uns durch den Krieg entstandenen Fragen zu regeln.

Die Neuordnung in Deutschland

Die Alliierten fordern wiederholt die Auflösung der A.- und S.-Räte.

≡ **Zürich**, 26. Dez. Der „Secolo" bringt folgende Aufsehenerregende Depesche aus Paris: **Die Alliierten stehen geschlossen auf dem Standpunkt, daß Deutschland aus dem Völkerbund ausgeschlossen und blockiert bleibe, wenn die deutsche Regierung nicht endlich die amtliche Funktion der Arbeiter- und Soldatenräte in jeder Form aufhebt. Es darf in Deutschland weder Vollzugs- noch Zentralräte geben; denn sie enthalten die Gefahr des Bolschewismus. Das republikanische Deutschland habe aus dem Schicksal des Kaisers nichts gelernt. Die Willensmeinung der Alliierten ist ihm schon seit vier Wochen bekannt. Denkt aber Deutschland neben der Nationalversammlung seine Arbeiter- und Soldatenräte beizubehalten, so treibt es unfehlbar dem Schicksal und der Isolierung Rußlands zu.**

Fortbestehen der Obersten Heeresleitung bis zum Vorfriedensabschluß.

)(**Berlin**, 26. Dez. Die Verhandlungen zwischen der Reichsleitung und der Obersten Heeresleitung haben das Fortbestehen der Obersten Heeresleitung in Wilhelmshöhe bis zum Abschluß des Vorfriedens als Resultat gebracht.

Der Kreistag von Ratibor gegen Loslösung deutscher Gebiete.

WTB **Berlin**, 24. Dez. In der letzten Sitzung des Kreistages in Ratibor ergriff vor Eintritt in die Tagesordnung Fürst Lichnowsky das Wort, um gegen die Lostrennung deutscher Gebietsteile, insbesondere des Kreises Ratibor vom deutschen Reich Stellung zu nehmen. Er führte aus: Unser Kreis würde dadurch ganz besonders in Mitleidenschaft gezogen, denn er würde in der Mitte geteilt werden. Der nördliche Teil mit Ratibor käme an Polen, der südliche an Tschechien. Wilsons 14 Punkte sprechen nur von „unzweifelhaft" polnischen Gebieten, die an Polen fallen sollen. Ist etwa Oberschlesien ein unzweifelhaft polnisches Land? Bekanntlich gehört es seit 1183 nicht mehr zu Polen. Dann gibt es doch keine unzweifelhaft polnische Bevölkerung bei uns, sondern nur eine polnisch-deutsch-gemischte. Schon die Städte, Industrie und Großgrundbesitz sind deutsch. In dem polnischen Zukunftsstaat, dessen Form und Ausdehnung noch zweifelhaft sind, fehlt es aber an allem, was wir schon seit Generationen besitzen. Posen ist ein armes Land. Oberschlesien und Posen sind reichentwickelte Länder, die für das neue Polen geradezu Melkkühe sein würden. Im Jahre 1915 sind aus Posen und Galizien etwa ¾ Millionen Arbeiter zu uns gekommen. Weshalb sind sie gekommen? Doch nur, weil es dort nichts oder nur geringes und bei uns viel zu verdienen gab. Ueber 60 000 oberschlesische Eisen- und Industriearbeiter würden brotlos. Auch unsere Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenen-Renten kämen in Fortfall, sowie alle aus unserer weitentwickelten Arbeiter- und Angestellten-Gesetzgebung hergeleiteten Ansprüche. Was den Anschluß an Tschechien anbelangt, so glaube ich, hierbei im Namen aller Anwesenden sprechen zu können, wenn ich sage, es herrscht hierfür im Kreise nicht die geringste Stimmung. Angesichts der Bestrebungen, die wohl von tschechischer wie von polnischer Seite darauf ausgehen, Oberschlesien vom preußischen Staat und Volk und von Deutschland loszulösen und so namentlich den Kreis Ratibor zwischen Polen und Tschechien zu teilen, spricht der Kreistag einmütig den Entschluß aus, sich einer etwaigen Teilung und Loslösung zu widersetzen und nach wie vor bei Preußen und Deutschland verbleiben zu wollen, da er in diesen Verbänden allein die Voraussetzungen erblickt für das zukünftige Gedeihen des oberschlesischen Volkes ohne Unterschied der Konfession und der Sprache. Die Entschließung mit einem Zusatz betreffend den militärischen Schutz Oberschlesiens, wurde einstimmig angenommen.

Einspruch gegen polnische Eingriffe.

WTB **Berlin**, 2. Dez. In Sachen der Wahlen zur polnischen Konstituante im preußischen Teilgebiet hat die deutsche Regierung hiergegen mit folgender Note an die polnische Regierung Einspruch erhoben: Der „Monitor Polski" veröffentlicht ein die Wahlen zur polnischen Konstituante anordnendes Dekret der polnischen Regierung, in dem bestimmt wird, daß das preußische Teilgebiet an den Wahlen teilnehmen soll und in zehn Wahlkreise eingeteilt wird. Namens der deutschen Regierung habe ich dem polnischen Ministerium des Aeußern zu erklären, daß die Reichsregierung nicht nur sich gegen die Aufnahme unzweifelhaft rein deutschen Gebietes in die Liste der polnischen Wahlbezirke verwahrt, sondern überhaupt die ganze Ausschreibung der Wahlen zur polnischen Konstituante innerhalb des gegenwärtigen Reichsgebiets als einen rechtswidrigen Eingriff in die deutsche Gebietshoheit ansieht. Die Reichsregierung wird die Vornahme dieser Wahlen nicht zulassen, bevor nicht der künftige Rechtszustand der polnisch-deutschen Grenzgebiete durch die Friedenskonferenz festgestellt ist. (gez.) Solf.

Wie steht es im Auslande?

6 Milliarden Kriegsgewinnsteuer in Amerika.

WTB **Washington**, 26. Dez. (Reuter.) Der Senat hat die Kriegsgewinnsteuervorlage angenommen, die 6000 Millionen Dollars aufbringen soll.

Einbruch in deutsches Gebiet.

WTB **Klagenfurt**, 26. Dez. Hier liegen Meldungen über einen gewaltsamen Einbruch der Jugoslawen in rein deutsches Gebiet vor. Die Klagenfurter Regierung protestierte bei der Laibacher Nationalregierung.

Die Tschechen sollen Togo erhalten.

WTB **Wien**, 26. Dez. Der Prager Korrespondent des „Neuen Wiener Tagblattes" will authentisch erfahren haben, die Entente habe beschlossen, den Tschechen die frühere deutsche Kolonie Togo zu geben.

Der Matrosenputsch in Berlin.

WTB **Berlin**, 24. Dez. **Heute Morgen von 8 Uhr ab tobten am Schloß und Marstall, die von der Marine-Division besetzt waren, erbitterte Kämpfe, bei denen die Garde-Kavallerie-Division gegen Schloß und Marstall vorging und sie u. a. auch unter Artilleriefeuer nahmen. Einige Minuten vor 11 Uhr wurde vom Marstall eine Abordnung von Matrosen mit einer weißen Flagge entsandt, welche mit dem Befehlshaber der Truppen verhandelte. Die Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß wenige Minuten nach 11 Uhr die Matrosen einzeln, dann in einzelnen Trupps abzogen. Nach erfolgter Kapitulation konnten auch die Geschütze wieder abrücken. Die Matrosen haben 68 Mann verloren, die teils tot, teils schwer verletzt sind.**

* **Berlin**, 24. Dez. Die gestrigen Vorgänge — der Matrosenputsch gegen Reichsleitung und Kommandantur — hat heute eine blutige Fortsetzung gefunden. Um 8 Uhr morgens begannen um Schloß und Marstall wieder Kämpfe von einem Umfang und einer Heftigkeit, wie Berlin sie seit 1848 nicht wieder erlebt hat. Der Gardekavalleriedivision, die schon in der Morgendämmerung mit starken Kräften anmarschiert war und die ganze Gegend um das Schloß und Marstall umringt hatte, war der Befehl erteilt worden, die Matrosen unter allen Umständen aus den beiden Gebäuden zu vertreiben, und, wenn die Leute sich nicht gutwillig ergeben wollten, die hierzu zu Gebote stehenden Machtmittel anzuwenden. Punkt 8 Uhr begann der Angriff der Truppen zunächst auf den Marstall. Als die Matrosen sich nicht nur von hier aus, sondern auch aus dem Schloß zur Wehr setzten, wurden Maschinengewehre und Geschütze auch gegen das Schloß gerichtet. So tobte seit 8 Uhr ununterbrochen das schwerste Feuergefecht in den Straßen. Gegen 10 Uhr war die matrosenfeindliche Infanterie soweit vorgedrungen, daß sie die ganze Brüderstraße bis hinauf zum Schloßplatz in ihrer Gewalt hatte. Die Kanonen, aus denen geschossen wurde, sind 7,5 und 10,5 Zentimeter. Einige Minuten vor 11 Uhr wurde aus dem Marstall eine Abordnung von Matrosen mit einer weißen Flagge entsandt, die mit dem Major der Gardetruppen und einigen Offizieren verhandelte. Die Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß wenige Minuten nach 11 Uhr die Matrosen zuerst einzeln, dann in kleineren Trupps abzogen. Nach erfolgter Kapitulation konnten auch die Geschütze wieder abrücken. Die Zugangsstraßen zum Marstall wurden jedoch weiter von Soldaten der Sicherheitswehr abgesperrt. Kurz vor 11 Uhr rückten die Protzen der Kavallerie ab mit den Geschützen, die auf der Französischen Straße und dem Werderschen Markt aufgestellt worden waren. Kurze Zeit darauf rückten andere Teile der Garde in die Quartiere. Es waren nur noch an einzelnen Ecken Maschinengewehre mit kleinen Trupps aufgestellt.

* **Berlin**, 24. Dez. Stadtkommandant Wels, der nach seiner gestrigen Festnahme durch die Matrosen alsbald wieder freigelassen wurde, wurde in der Nacht erneut verhaftet und nach dem Marstall gebracht. In den Raum, wo er saß, hat man die Leichen der heute im Kampfe gefallenen Matrosen gebracht. Die Schäden, die der heutige Kampf angerichtet hat, sind vorläufig noch nicht zu übersehen. Jedenfalls sind die den Schloßplatz umschließenden Gebäude stark beschädigt. Auch das Denkmal Kaiser Wilhelm I. zeigt starke Spuren von Beschädigung. So ist eine Säule in der Mitte durch ein Geschoß vollständig zerstört worden. Bisher hatten die Kämpfe des Vormittags 12 Tote und 72 Verwundete gefordert. Nach bisher unkontrollierbaren Mitteilungen soll aber die Zahl der Toten bedeutend höher sein. In militärischen Kreisen schätzt man sie auf mindestens 80.

Die „Politische parlamentarische Korrespondenz" schildert die Lage um die Mittagsstunde wie folgt: Für die Situation, die sich aus dem Aufstand der Volksmarinedivision entwickelt hat, läßt sich im Augenblick noch kein abschließendes Urteil fällen. Der Marstall ist stark beschädigt, ebenso einige Läden und Privatgebäude in seiner Nähe. Der Berliner Stadtkommandant Otto Wels ist endgültig wieder freigelassen und heute vormittag gegen 11 Uhr in der Reichskanzlei eingetroffen, wo seine Adjutanten Leutnant Fischer und Dr. Bongartz weilten. Das Kabinett hatte eine lange Beratung mit dem Zentralrat. Angeblich sind das Alexander- und das Franzer-Regiment auf die Seite der Volksmarinedivision getreten. Welche Truppen und in welcher Stärke sie der Regierung zur Verfügung stehen, läßt sich nicht sagen. Die augenblickliche Lage ist durchaus unsicher und unklar. Durch den stundenlangen Geschützkampf ist das Schloß und der Marstall sehr mitgenommen. Namentlich die Geschosse der Kanonen haben schweren Schaden an den beiden Baulichkeiten angerichtet. Zum Teil haben die Schüsse die dicken Mauern durchschlagen und auch im Innern der Gebäulichkeiten Verwüstungen angerichtet. Der Schloßbalkon am Lustgarten, von dem der ehemalige Kaiser beim Kriegsausbruch zu einer vieltausendköpfigen Menschenmenge sprach, ist durch einen Volltreffer zum Teil zerstört. Der Weiße Saal, in den mehrere Geschosse eindrangen, weist erhebliche Beschädigungen auf. Noch schlimmer aber ist der Marstall mitgenommen. Teile dieses Prachtbaues sind total vernichtet und es werden umfangreiche Reparaturen notwendig sein, um den Bau wieder herzustellen.

Die Verhandlungen der Matrosen mit der Regierung sind heute vormittag fortgesetzt worden. Wie der „Berl. Lokalanz." hört, hat der Vorsitzende des bisherigen Vollzugsrates, Richard Müller, die Sache der Matrosen aufgenommen. In der Reichskanzlei war das Kabinett zu einer Sitzung zusammengetreten, zu der auch Müller erschien. Das Ergebnis ist, wie das Blatt weiter hört, gewesen, daß Verhandlungen eingeleitet worden sind, und als Vorbedingung dazu die gegen die Matrosen aufgefahrene Artillerie zurückgezogen worden ist.

Vor der Reichskanzlei hatte sich in den Mittagsstunden eine kleine Menschenmenge angesammelt, da man allgemein erwartete, daß das Gebäude im Laufe des Tages wieder der Ort aufregender Ereignisse werden würde. Das Gittertor wurde geschlossen gehalten. Dahinter standen an Stelle der früheren Matrosenwache Soldaten der Garde mit einem Offizier, der auch seine Achselstücke trug. Im Kanzlergebäude selbst ging es still und schweigsam zu. Im Hause herrschte eine sehr gedämpfte Stimmung. Obwohl die Meinung vertreten wurde, daß man jetzt endlich durchgegriffen wurde und damit gewonnen schon begonnen habe, hätte man ebenso gut den Eindruck gewinnen können, als ob man sich langsam bereit mache, selbst vom Schauplatz abzutreten.

Im Abgeordnetenhause, wo mehrere hundert Matrosen einquartiert sind, herrschte in den Mittagsstunden starke Erregung. Die Matrosen hielten sich bereit, nach den Linden zu ziehen, um ihre Kameraden im Marstall zu unterstützen. Nach vorliegenden Meldungen sollen sich sowohl die Berliner Arbeiterschaft, wie auch die Berliner Regimenter mit ihnen solidarisch erklärt haben. Was die Berliner Garderegimenter anbetrifft, so scheint daran indessen nur soviel zutreffend zu sein, als eine kleine Minderheit dieser Truppe, die schon ohne jede Befugnis die Demonstration im Rätekongreß ausführte, und die unter radikalem Einfluß zu stehen scheint, mit den Matrosen gemeinsame Sache machte. Als die Matrosen eben das Abgeordnetenhaus verlassen wollten, erschienen die Mitglieder des früheren Berliner Vollzugsrates, Ruich und Wegmann, und forderten sie auf, sich vorläufig ruhig zu verhalten und weitere Weisungen abzuwarten, da Verhandlungen im Gange seien und Richard Müller ihre Sache vertrete.

Einem Vertreter der „Voss. Ztg." ist es gelungen, sich in dem Marstallgebäude Eintritt zu verschaffen. Die Matrosen erklären, sie seien vollständig Herren der Lage, hätten Schloß und das Marstallgebäude besetzt und bestehen auf der Forderung, als geschlossene Formation, als Volksmarinedivision in Berlin zu bleiben. Die Matrosen berichten, sie hätten, als die Beschießung begann, den Sicherheitsdienst und die republikanische Soldatenwehr zu Hilfe gerufen. Diese seien auch herangerückt und hätten die 30 Verteidiger des Schlosses entsetzt. Die Soldatenwehr und übergegangene Berliner Truppen hätten dann die Potsdamer Regierungstruppen zur Waffenstreckung gezwungen. Um 1 Uhr erschien dann Ledebour im Marstall und mahnte zur Einigung und fuhr dann mit einem der beladenen Lastkraftwagen zum Reichskanzlerpalais, um mit der Regierung zu verhandeln. Aus den sich widersprechenden Berichten läßt sich kein vollständig klares Bild gewinnen. Als Tatsache steht lediglich fest, daß die Matrosen sich nicht übergeben haben, sondern Schloß und Marstall nach wie vor besetzt halten. Ob Truppen und Sicherheitsmannschaften tatsächlich zu den Matrosen übergegangen sind, läßt sich bisher nicht feststellen, ebenso wenig, ob der Abzug der Potsdamer Gardetruppen auf eine Vereinbarung mit den Matrosen zurückzuführen ist, oder ob die Matrosen wirklich wie sie behaupten, Herren der Lage waren und die Waffenstreckung erzielt haben.

= **Berlin**, 24. Dez. Ein Berichterstatter des „Vorwärts" meldet: Um ½12 Uhr ist der größte Teil der republikanischen Soldatenwehr aus dem Schloßviertel abgezogen. Ein großer Teil des Sicherheitsdienstes ist zu den Matrosen übergegangen. Auch hat sich ein kleiner Teil der republikanischen Soldatenwehr ihnen angeschlossen. Die Matrosen haben durch bewaffnete Zivilisten Verstärkungen bekommen. Um 12 Uhr sah man ungefähr 200 bewaffnete Zivilisten in Marschkolonne in den Marstall einrücken. Die ganze Gegend um den Marstall einschließlich der Königsstraße bis zum Rathause ist von Anhängern der Matrosen mit Maschinengewehren besetzt. Die Matrosen und deren Parteigänger fordern, daß die Regierung Ebert-Haase sofort zurücktritt und wollen, daß eine Regierung Ledebour-Liebknecht ans Ruder tritt. Die durch Spartakistenscharen verstärkten Marineleute und Sicherheitsmannschaften wollen die Gardetruppen, welche Unter den Linden und am Werderschen Platz stehen, angreifen und zwingen, sich aus Berlin zurückzuziehen. Im Marstall liegen 12 Tote und 67 Verwundete.

WTB **Berlin**, 24. Dez. Das amtliche Eingreifen von Truppen in die gestrigen und heutigen Unruhen in Berlin diente lediglich dem Zwecke, die Regierung Ebert-Haase gegen die meuternden Matrosen zu schützen. Treu ihrer Verpflichtung, die sie vor ihrem Einrücken in Berlin übernommen haben, haben sich die Truppen eingesetzt, um zu verhindern, daß die Erfolge der Revolution durch das unberechtigte Eingreifen von aus selbstsüchtigen Gründen meuternden Angehörigen der Marine in Frage gestellt werden.

WTB **Berlin**, 25. Dez. Berlin bot heute das Bild eines ruhigen ersten Weihnachtsfeiertages. Tausende von Menschen besuchten die Stätten der gestrigen blutigen Ereignisse und Verwüstungen, die das Königliche Schloß sowohl wie das Marstallgebäude erlitten hatten. Ganz zuverlässige Angaben über die Zahl der Toten liegen noch nicht vor, doch dürfte sie kaum 20 erreichen.

Deutsches Reich.

Kriegsanleihe und Vermögensabgabe.

WTB Ein Berliner Blatt hatte kürzlich geglaubt, bereits zahlenmäßig mitteilen zu können, welche Summe an Kriegsanleihe durch die in Aussicht genommene Vermögensabgabe an das Reich zurückfließen würde. Dazu ist zu bemerken, daß irgendwelche zuverlässigen Angaben zur Zeit in der erwähnten Richtung um so weniger möglich sind, als weder die Höhe der Vermögensabgabe feststeht, noch eine Entscheidung darüber getroffen worden ist, inwieweit die Abgabepflichtigen gezwungen sein sollen, die Zahlung in Kriegsanleihe zu leisten. Voraussichtlich wird für einen Teil des Abgabebetrages die Zahlung in Kriegsanleihe vorgeschrieben werden, während bei dem Restbetrage diese Zahlungsweise zugelassen, aber nicht zur Pflicht gemacht werden dürfte. Daß in noch weiterem Umfange als bisher Kriegsanleihe an Zahlungsstatt gegeben werden wird, ist nach den bisherigen Erfahrungen mit Sicherheit zu erwarten.

Interkonfessioneller Ausschuß.

WTB Zur Wahrung der sämtlichen christlich gerichteten Staatsbürgern gemeinsamen Interessen bei den bevorstehenden politischen Kämpfen haben sich namhafte Vertreter der evangelischen und der katholischen Kirche zu einem interkonfessionellen Ausschuß zusammengeschlossen. Erster Vorsitzender ist Universitätsprofessor Geheimrat Dr. Adolf Deißmann (Berlin), zweiter Vorsitzender Reichstags- und Landtagsabgeordneter Geheimer Reg.-Rat Professor Dr. Martin Faßbender. Dieser Ausschuß beabsichtigt in der nächsten Zeit eine große gemeinsame Kundgebung katholischer und evangelischer Bürger Berlins zu veranstalten, in der scharfer Protest gegen die beabsichtigten kirchenpolitischen Maßnahmen der heutigen Gewalthaber eingelegt werden soll. Es wäre sehr erwünscht, wenn auch in anderen Städten Deutschlands derartige gemeinsame Protestversammlungen möglichst bald veranstaltet würden. Ein gemeinsames Vorgehen der Katholiken und Protestanten ist deshalb am Platze, weil es heute in der Tat um die Grundlage des gesamten Christentums geht.

Keine Orden und Titel mehr.

WTB Die preußische Regierung erläßt folgende Bekanntmachung: Die Verleihung von Orden findet hinfort nicht mehr statt, doch ist es jedem erlaubt, die früher verliehenen Orden, insbesondere auch Kriegserinnerungsabzeichen zu tragen. Die Verleihung von Titeln findet ebenfalls nicht mehr statt. Verliehene Titel können weiter geführt werden. Für die Beamten wird eine Neuregelung der Amtsbezeichnungen im Anschluß an die in Aussicht stehende Reform der Reichs- und Besoldungsverhältnisse vorgenommen werden. Bis dahin bleibt für sie die bisherige Bestimmung über Amtsbezeichnungen bestehen.

Spartakus-Terror in Hamborn.

☆ **Hamborn**, 26. Dez. Während im übrigen Ruhrrevier die Streikbewegung unter den Bergleuten fast ganz aufgehört hat, gestalten sich die Zustände im Hamborner Bezirk, dem Herd der ganzen wilden Streikbewegung, die hier ihren Ausgang nahm, immer besorgniserregender. Am Montag und Dienstag ist es dort wieder zu großen Zusammenrottungen und zu bedenklichen Gewalttätigkeiten gekommen. Vergangene Woche hatte nämlich die Belegschaft der Zeche Neumühl in einer auf Veranlassung des Arbeiterrates vorgenommenen Abstimmung mit einem Stimmenverhältnis von 8 zu 1 die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen, und war auch wieder angefahren. Gegen diese arbeitswillige Belegschaft wurde nun mit dem schärfsten Terrorismus vorgegangen. Die radikalen Drahtzieher der Streikbewegung inszenierten Montag eine Kundgebung, eine mehr als tausendköpfige Menge zog gestern nachmittag von Hamborn nach Zeche Neumühl. Die dortige Zechenbesatzung, Bürgerwehr und Polizisten wurden entwaffnet und verprügelt, ein Maschinengewehr, das bei der Zeche aufgestellt war, wurde von der Menge in Besitz genommen, die dann mit Gewalt die arbeitende Belegschaft zwang, auszufahren und die Arbeit wieder einzustellen. Dienstagmorgen erneuerten sich die Kundgebungen der Streikenden in Hamborn, die Montag schon außer auf Zeche Neumühl in derselben Weise auch die arbeitende Belegschaft der Zeche Westende gezwungen hatten, sich dem Streik wieder anzuschließen. Dienstag rotteten sich nun wieder ein- bis zweitausend Menschen zusammen, um die terroristischen Akte von Montag fortzusetzen; die Menge zog in der Richtung nach Oberhausen fort, um auch die Belegschaften der dortigen Schachtanlagen mit Gewalt zur Einstellung der Arbeit zu zwingen.

Wenn nicht bald dafür gesorgt wird, daß die vernünftigen Elemente der Bergarbeiterschaft, die sich weitaus in der Mehrheit befinden, ohne Gefahr für Leib und Leben ihrer Beschäftigung nachgehen können, kommt es im Hamborner Bezirk zu völligen anarchistischen Zuständen. Die Zechenverwaltungen erhalten ebenso wie der Arbeiterrat zahlreiche Zuschriften von Belegschaftsmitgliedern, die um Schutz gegen den Terror der Spartakisten bitten, die Zechenverwaltungen stehen diesem verbrecherischen Treiben aber machtlos gegenüber, sie können selbst kaum Schutz für ihre Zechenanlagen erhalten. Dazu nimmt die öffentliche Unsicherheit in Hamborn unter dem Einfluß der jetzigen Zustände in erschreckendem Maße zu.

In die Streikbewegung ist eine außerordentliche Verschärfung hineingetragen worden, nachdem eine Delegation der führenden radikalen Elemente in Berlin war und dort angeblich von dem Volksbeauftragten Barth bindende Zusagen für die Erfüllung aller Forderungen der Streikenden erhalten hat. Wie die Delegation berichtete, hat Barth ihr gegenüber erklärt, er werde sich mit seiner Person für die Erfüllung der Forderungen, insbesondere auch nach einer Weihnachtsgratifikation von 300 Mk. für jeden verheirateten Bergmann, 50 Mk. für jedes Kind usw. einsetzen. Die Regierung werde auch noch vor Weihnachten die Verstaatlichung bezw. Enteignung des Bergbaues vornehmen. Die Berichterstattung über dieses Ergebnis der Reise der Berliner Delegation gab den Drahtziehern der Streikbewegung Veranlassung, die auch für die Schachtanlagen der Gewerkschaft Deutscher Kaiser für Sonntag geplante Abstimmung über die Fortsetzung oder Beendigung des Streiks zu vereiteln, unter dem falschen Vorgeben, der Arbeiterrat habe die Wahlhandlung aufgehoben. Anstifter und Drahtzieher der ganzen wilden Streikbewegung sind radikale polnische und oberschlesische Elemente, die zugleich Hauptagitatoren des Spartakusbundes im dortigen Industriebezirk sind und wahrscheinlich auch über russisches Geld verfügen. Jedenfalls ist es die höchste Zeit, daß diesem terroristischen Treiben gegenüber für einen ausreichenden Schutz sowohl der Zechenanlagen selbst als auch der arbeitswilligen Bergarbeiterschaft gesorgt wird, sonst kommt es zu vollständiger Anarchie in den von diesen radikalen Elementen beherrschten Bezirken. In Hamborn haben die Führer der Streikbewegung im Hinblick auf die angeblichen Versprechungen des Volksbeauftragten Barth einen Beschluß durchgesetzt, den Streik fortzusetzen, bis bindende Erklärungen der ganzen Regierung über die Zusicherungen Barths vorliegen.

Provinzielles.

* **Koblenz**, 25. Dez. Der Inhaber der Firma M. Mayer, Stadtverordneter Willi Mayer Albertis hat für 18 Kriegswaisenkinder, die fast sämtlich Kinder seiner im Kriege gefallener Arbeiter sind, eine Kriegspatenschaft übernommen. Für jedes Kind wird so viel eingezahlt, daß nach Abschluß des 14. Lebensjahres bei Verzinsung von 5 Prozent die Summe von 500 Mk. zur Berufsausbildung oder zu sonstigen Zwecken verfügbar ist.

Zur Steuerung der Wohnungsnot.

× **Bochum**, 25. Dez. Um der Wohnungsnot zu begegnen, sind von der Stadtverwaltung weitgehende Maßnahmen vorgesehen. Für den Einbau von Wohnungen in vorhandene Häuser wurden bedeutende Mittel bereitgestellt. 150 000 Mark sollen zur Gewährung von Zuschüssen an Private verwendet werden, weitere 150 000 Mark für den Einbau von 65 bis 70 Wohnungen in vorhandene städtische Gebäude und Schulbaracken. Als Anteil der Stadt zur Abbürdung der Ueberteuerung beim Neubau von etwa 200 Kleinwohnungen wurden 400 000 Mark zur Verfügung gestellt. Für die Inbetriebsetzung von Ziegeleien bzw. zur Sicherung von Baustoffen wurden vorschußweise 800 000 Mark bewilligt. Der private Wohnungsbau soll durch Hypothekengewährung gefördert werden. Im Interesse der Wohnungsfürsorge für die städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter sollen den gemeinnützigen Gesellschaften und Genossenschaften zweite Hypotheken zur Deckung der Baukosten zwischen 50 und 90 Prozent gegen 4 Prozent Zinsen und 1 Proz. Tilgung gegeben werden.

Vermischtes.

* **Berlin**, 24. Dez. Vom Magistrat Berlin wird mitgeteilt: Die Schwierigkeiten der Arbeitsbeschaffung, Ernährung und Unterbringung gerade in Groß-Berlin veranlassen uns zu einer dringenden Warnung vor dem Zuzug solcher Personen nach Groß-Berlin, welche dort weder Wohnung noch Arbeit haben. Wenn es nicht gelingt, diesen Zustrom erwerbs- und obdachloser Personen nach Groß-Berlin zu verhindern, muß es hier zu einem allgemeinen Zusammenbruch kommen, der von den schwerwiegenden Folgen für ganz Deutschland werden könnte.

* **Berlin**, 25. Dez. Diebe drangen in die Pelzkonfektion und Fellhandlung von A. B. Citroen ein. Sie erbeuteten 10 000 Mk. aus Schmucksachen. Ferner wählten sie für 150 000 Mk. die besten Pelzwaren aus. Die Firma setzt für die Wiederherbeischaffung des gestohlenen Gutes eine Belohnung von 15 000 Mk. aus.

* **Kassel**, 25. Dez. Zu der Notiz von dem Tod des Generalleutnants Waldorf auf dem Bahnhof Kassel wird noch mitgeteilt, daß der General nicht „aus Freude des Wiedersehens mit seiner Gattin" den Herzschlag erlitt, da er mit ihr von einem gemeinsamen Aufenthalt in Bad Nauheim in Kassel eintraf, sondern daß ihm die ruhmlose Auflösung seiner tapferen Division nach der Rückkehr von der Front, an deren Spitze er 4½ Jahre mit voller Auszeichnung gekämpft hat, sowie die veränderten Verhältnisse in der Heimat, das Soldatenherz gebrochen haben.

☆ **Limburg (Lahn)**, 25. Dez. Im Gefangenenlager hier brach auf bisher unaufgeklärte Weise Feuer aus. Menschenverluste sind nicht zu beklagen. Vier Gefangenen- und vier deutsche Mannschaftsbaracken sind niedergebrannt, 34 Baracken, das Lazarett sowie sämtliche Vorräte sind unversehrt, jedoch der Dienstbetrieb nicht gestört ist.

* **Neiße**, 25. Dez. Im Neißer Russenlager kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen russischen Offizieren und dem Lagerkommando, wobei zwei Russen erschossen und 17 verwundet wurden und auch ein deutscher Wachposten schwere Verletzungen erlitt.

* **München**, 25. Dez. Der Zuzug nach München ist vom Stadtmagistrat gesperrt worden. Zuziehende erhalten keine Lebensmittelkarten und werden fortgewiesen.

Wo ein A.- u. S.-Rat nichts zu sagen hat

* **Eisenach**, 25. Dez. Während der gestrigen Sitzung des Gemeinderats erschien ein Vertreter des Eisenacher Arbeiter- und Soldatenrats im Gemeinderatssaal, um an den Verhandlungen teilzunehmen. Da er in den Reihen der Gemeinderatsmitglieder Platz nahm, legte der Vorsitzende, Prof. Dr. Kühner, gegen seine Teilnahme Verwahrung ein. Er verwies ihn, da die Verhandlung öffentlich war, auf den Zuhörerraum, da andernfalls durch seine Teilnahme an den Beratungen eine Durchbrechung der bestehenden Ordnung gegeben sei, durch welche sämtliche gefaßten Beschlüsse die gesetzliche Grundlage verlieren würden. Auch aus den Reihen des Gemeinderats, sowie vom Oberbürgermeister Schmieder, wurde gegen die Teilnahme des Soldatenrats an den Verhandlungen lebhafter Einspruch erhoben. Da der Soldatenratsgesandte aber trotzdem seinen Platz beibehielt und sein Verhalten zu begründen suchte, verließen die Mitglieder der Körperschaft ihre Plätze, und der Vorsitzende schloß die Sitzung, die nach der Entfernung des Vertreters des Soldatenrats nach kurzer Pause fortgesetzt wurde.

Annexion. Die Polen erheben immer weitere Ansprüche. Sie verlangen jetzt auch Italien bis zum Po, da dieser, wie schon sein Name beweist, ein Teil Polens sei. Auch die Tatsache des Bestehens der Stadt Pola unterstützt diese polnische Forderung. Aus denselben Erwägungen heraus wird auch der ganze Stille Ozean mit Polynesien beansprucht. Daß der Vulkan Popocatepetl in Mexiko ureigenster polnischer Besitz ist, wird niemand bestreiten. Natürlich gehören auch Nord- und Südpol demselben Volke. Betrachtet man so die Liste, so kommt man zu der Erkenntnis, daß tatsächlich die ganze Welt polnisch ist, und daß es hohe Zeit ist, diese Tatsache auch anzuerkennen.

Sturm auf die Elektrische. „Mein Herr, drängeln Sie doch nicht! Morgen fährt ja auch noch ein Wagen!"

Letzte Nachrichten

Liebknechts Tätigkeit.

WTB **Berlin**, 26. Dez. (Telegr.) Die russische Zeitung „Sewernaja Kommuna" vom 23. November bringt eine Rede Bucharins auf dem allrussischen Kongreß der Arbeiterinnen in Petersburg, in der er einen Ueberblick über die deutsche Revolution gab. Interessant hierin ist die Darstellung, die er von der Tätigkeit Liebknechts gibt. Liebknecht und seine bolschewistische Spartakusgruppe nahm unsere bolschewistische Taktik an und ging mit uns Hand in Hand. Ich werde den Augenblick nie vergessen, als Liebknecht zu uns in das Gebäude der russischen Botschaft kam. Die Regierung hatte, um Liebknecht die Flügel zu beschneiden und seine unermüdliche Tätigkeit in den Fabriken usw. lahmzulegen, zu der List gegriffen, ihm vorzuschlagen, in den Vollzugsrat einzutreten. Liebknecht kam nun ganz furchtbar aufgeregt zu uns und fragte, was er tun solle. Wir beschlossen gemeinsam, daß Liebknecht in die Regierung nur dann eintreten solle, wenn diese die folgenden von uns aufgestellten Forderungen vertrete: **Auseinandertreibung des Reichstages, Terror gegen die Bourgeoisie und Offiziere, wenn sie gegen uns auftreten würden.**

Die Ursache des Putsches in Berlin.

WTB **Berlin**, 26. Dez. (Telegr.) Zu den Vorgängen am Schloß und Marstall wird von dem Mitglied Tost des Zentralrates der Marine (53er Ausschuß), der an den Verhandlungen zwischen Regierung, Gardetruppen und der Volksmarinedivision teilgenommen hat, eine Darstellung der Ursachen und Entwicklung der Vorfälle gegeben, worin es heißt: Daß die Zahl der Matrosen in der Volksmarinedivision schon seit längerer Zeit sich selbst verminderte, und zwar von 3200 auf 1800 Mann, daraus sei ersichtlich, daß ein böser Wille von vornherein auf dieser Seite nicht zu suchen war. Die Diebstähle im Schloß seien in den ersten Tagen größtenteils von Plünderern ausgeführt worden, ehe die Matrosen aus Cuxhaven das Schloß besetzt hatten. Gegen spätere Plünderungsversuche wurde von Seiten der Matrosendivision energisch Verwahrung eingelegt und die Schuldigen zur Verantwortung gezogen. Die Räumung des Schlosses wäre schon längst erfolgt, wenn den Matrosen im Marstall Bureauräume überlassen worden seien. Auf Grund der Aufforderung der Regierung wurden am 23. Dezember abends die Schlüssel des Schlosses in der Reichskanzlei abgegeben. Als darauf die Matrosen ihre rückständige Löhnung verlangten, wurde von der Stadtkommandantur die Forderung an sie gerichtet, die Schlüssel bei der Stadtkommandantur abzugeben, andernfalls sie kein Geld bekämen. Das habe den Unwillen der Matrosen bedeutend gesteigert und zu Demonstrationen vor der Kommandantur geführt. Von keinem Führer der Matrosendivision wurde Befehl hierzu gegeben. Erst als der Demonstrationszug von einem Panzerautomobil in der Nähe der Kommandantur beschossen wurde, kam es zu den bekannten Vorfällen. In diesem Augenblick erhielten erst die Mitteilung von den Vorgängen. Inzwischen hatten die Matrosen die Reichskanzlei besetzt, da sie der Meinung waren, daß nach Erfüllung der gestellten Bedingungen (Ablieferung der Schlüssel) die Volksbeauftragten das Notwendige nicht getan hätten, um den Matrosen in ihren Löhnungsforderungen zu ihrem Recht zu verhelfen. Am 23. Dezember abends gelang es in der Reichskanzlei eine Einigung dahin zu erzielen, daß sowohl die Matrosen als auch die von der Regierung herbeigerufenen Potsdamer Gardetruppen in aller Stille zurückgezogen werden sollten und daß am Vormittag des 24. Dezember die Angelegenheit der Matrosen auf dem Verhandlungswege zwischen der Regierung und den beauftragten Vertretern erledigt werden sollte.

Aus dem Stadtkreis Herne.

Herne, den 27. Dezember.

× **Religiös-Wissenschaftlicher Vortrag.**

In der St. Bonifatiuskirche hielt gestern Abend der Jesuitenpater Schwarz, einer unserer besten Kanzelredner, einen religiös-wissenschaftlichen Vortrag über die Trennung von Kirche und Staat. Nach einem einleitenden kurzen Ueberblick über den Zusammenbruch unseres Vaterlandes und seine Begleiterscheinungen verbreitete sich der Redner über seine Aufgabe, wobei er zunächst die Frage erörterte und beleuchtete, was die Trennung von Kirche und Staat bedeutet und von welchen Folgen sie begleitet sein wird, und im zweiten Teil die Frage an uns stellte, wie wir uns hierzu als Katholiken zu verhalten haben.

Nahezu zwei Stunden sprach Pater Schwarz über sein Thema, das er in meisterhafter Gliederung und in formvollendetem Aufbau ganz besonders nach der juristisch-historischen Seite hin gründlich durchleuchtete, die apologetische Seite nur kurz streifend. Dann schilderte er die Lage der katholischen Kirche in den Kulturländern, wobei er die Entwickelung des Staates, angefangen beim heidnischen Römerreich über den mittelalterlichen Glaubensstaat zum nachreformierten Paritätsstaat bis zu dem letzteren naturnotwendig ablösenden Trennungsstaat an uns vorüberziehen ließ.

Mit schonungsloser Offenheit legte der Redner die Absichten bloß, die die Trennungsfanatiker beseelen, die in diesen Zeiten eines beispiellosen Zusammenbruchs noch Muße finden, derartige neue Zersplitterung in das deutsche Volk zu treiben, anstatt mit aller Kraft an den Wiederaufbau des Staates zu gehen, der so todkrank darniederliegt. Mit überzeugender Klarheit legte er dar, daß es einfach unmöglich ist, daß ein Staat sich eigenmächtig von der Kirche trennt, ohne sich eines schweren Rechtsbruches schuldig zu machen. Der Staat kann und darf es nicht auch wegen der Konsequenzen und Konstitute, die daraus für ihn entstehen. Ergreifend war der Appell des Redners an das deutsche Volk, in diesem Kampfe um das einzige Gut, daß es aus dem ungeheuren Zusammenbruch gerettet, in dem Kampfe um die Seele seiner Kinder, um die Zukunft unserer Jugend, zusammenzustehen und Front zu machen gegen den Unglauben und falschen Liberalismus, die ein so schweres Schuld-Konto auf sich geladen haben.

Seine erschütternden, selbsterlebten Begebenheiten, deren Zeuge er in den schweren Kämpfen an der Westfront gewesen, gaben in ihrer ergreifenden Schlichtheit ein Bild, wie der einfache Soldat, der Mann aus dem Volke, draußen fühlt und denkt, gaben auch einen Beweis für den festwurzelnden Glauben des Volkes, wie ihn der zu Tode getroffene Landsturmmann kurz vor seinem Hinscheiden so rührend in der Sorge um die katholische Erziehung seiner Kinder fern in der Heimat bekundete. Mit einem Hinweis auf die unbesiegbare Kirche Christi, der einzigen unvergänglichen Macht, die alle Jahrhunderte so strahlend und glänzend überlebt, während Nationen um Nationen und Throne und Kaiserreiche in den Staub sinken, schloß der Redner seine gedankentiefen, lichtvollen und begeisternden Ausführungen.

Auslegung der Wählerlisten für die National-Versammlung.

Die Wählerlisten für die Wahlen zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung liegen vom 30. ds. Mts. ab in der Turnhalle der Oberrealschule, Hohenzollernstraße, während der Bürostunden, vormittags von 8½—1 Uhr, nachmittags von 3—7 Uhr, zu jedermanns Einsicht 8 Tage lang bis einschließlich 6. 1. 1919 aus. Einsprüche gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Wählerlisten sind während der Auslegefrist beim Magistrat schriftlich anzubringen oder im Auslegungsraum während der genannten Zeiten zu Protokoll zu geben.

kid. **Rednerinnen an die Front.**

Man teilt uns mit, daß sich auf Veranlassung des Katholischen Frauenbundes Deutschlands vorwiegend aus den Kreisen der Katholischen Studentinnen und Lehrerinnen eine größere Anzahl von Rednerinnen für politische Frauenversammlungen in den Provinzen Rheinland und Westfalen und den angrenzenden Landesteilen zur Verfügung gestellt hat. Die Adressen werden auf Wunsch den interessierten Stellen von der Zentrale des Bundes in Köln, Moorstr. 36, sofern der Postverkehr dorthin behindert ist, durch das Zweigsekretariat in Steele a. d. Ruhr, Schulstr. 5 mitgeteilt. Die genannten Sekretariate stellen auch aufklärende Flugblätter für die katholische Frauenwelt kostenlos zur Verfügung.

× **Heute Abend Windthorstbund.**

Auf den heute im Gesellenhaussaale stattfindenden Versammlungsabend des Windthorstbundes wird nochmals hingewiesen. Beginn 8¼ Uhr.

Spartakus im Industriebezirk.

Es ist bekannt geworden, daß Gruppen von Spartakusleuten, die auf der Zeche Deutscher Kaiser und in deren Umgebung die Bergarbeiter zum Streik verleiteten, seit gestern Nachmittag versuchen, sich über den ganzen Industriebezirk auszubreiten, um auch in der hiesigen Gegend den Versuch zu machen, die Bergarbeiter mit Gewalt an der Einfahrt zu verhindern und dadurch eine Art Generalstreik im rhein.-westf. im Kohlenrevier zu provozieren. Um diese Elemente von unserer Stadt fern zu halten, werden die hier in Herne aus der Richtung Wanne einlaufenden Personenzüge gründlich revidiert und alle verdächtigen Personen festgehalten. Auf dem Bahnsteig ist zum Schutz der mit der Revision beauftragten Wachmannschaften ein Maschinengewehr aufgestellt. Auch die Eingänge zu den Zechen werden militärisch bewacht. Es darf wohl erwartet werden, daß die getroffenen Maßnahmen genügen, um eine zweite Auflage der Hamborner Vorgänge hier zu verhüten.

× **Der beschlagnahmte Zucker.**

Das Schleppamt (früheres Königliches Schleppamt Duisburg) schreibt: „In der Rheinisch-Westfälischen Zeitung vom 11. Dezember 1918 ist eine Erklärung des ASR. Herne über die von ihm vorgenommene Beschlagnahme von 3 Zuckerkähnen enthalten. Die in dieser Erklärung enthaltenen Angaben sind nicht zutreffend. Der ASR. ist anscheinend der Ansicht, daß Anwendung von Waffengewalt erst dann vorliegt, wenn einige Menschen totgeschossen sind. Wie die zuständige Kanalpolizei ferner mitteilt, kann keine Rede davon sein, daß der Kanalverkehr durch die 3 Zuckerkähne behindert wurde. Auch ist, wie die verfrachtende Firma mitteilt, die Angabe nicht richtig, daß der Zucker für eine Pulverfabrik bestimmt war, er war vielmehr für eine Raffinerie in Süddeutschland bestimmt, und sollte nur solange im Kanal liegen bleiben, bis sicher war, daß er auf dem Rhein von der Entente nicht beschlagnahmt würde".

Soweit diese Zuschrift. Uns ist s. Zt. mitgeteilt worden, daß der Zucker für eine süddeutsche Sprengstofffabrik bestimmt gewesen ist und daß die Beschlagnahme auch aus dem Grunde erfolgt sei, weil die Gefahr einer Verschiebung vorgelegen habe. Nach der obigen Zuschrift gewinnt diese Angelegenheit jedoch ein anderes Licht, indem es sich danach um eine ungesetzliche gewalttätige Beschlagnahme handelt, die geeignet ist, die Versorgung der Bevölkerung mit Zucker zu gefährden.

Daß der Herner ASR sich mit der Zuckergeschichte eine böse Suppe eingebrockt zu haben scheint, geht auch aus einer Vorladung der für die Beschlagnahme Verantwortlichen hervor, wobei man in Berlin mit den betr. Herner Herren nicht gerade glimpflich umgegangen sein soll. Jedenfalls wird der ASR nicht umhin können, die Oeffentlichkeit über den wahren Sachverhalt aufzuklären.

Ausgabe der neuen Brotmarken, Fleisch- und Zuckerkarten.

Mit der Ausgabe der neuen Brotmarken sowie der Fleisch- und Zuckerkarten wird am Samstag, den 28. Dezember begonnen. Die Ausgabe erfolgt Bahnhofstraße 7, Bismarckstraße 12 und Steinweg 2 von 8—12 Uhr vormittags und 3—6 Uhr nachmittags mit Ausnahme des Sonnabends, den 28. Dezember und 4. Januar 1919, an dem die Ausgabe von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags stattfindet. Das Nähere enthält die amtliche Bekanntmachung in der heutigen Ausgabe des Herner Anzeigers.

e. **Allgemeiner Deutscher Innungs- und Handwerkertag.**

Einen außerordentlichen Allgemeinen Deutschen Innungs- und Handwerkertag beruft der Zentralausschuß der vereinigten Innungsverbände Deutschlands auf Sonntag, den 29. Dezember 1918, vormittags 10 Uhr in die „Erholung" zu Weimar. Die Tagesordnung beschränkt sich auf die für das Handwerk aktuellsten Gegenwartsfragen: 1. Stellungnahme des Deutschen Handwerks zu der gegenwärtigen Lage und 2. Stellungnahme des Deutschen Handwerks zu den Wahlen für die Deutsche Nationalversammlung. — Am vorhergehenden Sonnabend, den 28. Dezember, treten zu Weimar in der „Erholung" die preußischen Handwerkskammern zu einer Tagung zusammen.

Kaufmännische Schule der Handelskammer zu Bochum.

Am 15. Januar beginnt ein sechsmonatiger Lehrgang für frühere Heeresangehörige, welche sich dem Handelsstande widmen wollen. Außerdem werden solche jungen Kaufleute zugelassen, welche infolge der langen Dauer des Krieges ihre fachliche Ausbildung unterbrechen mußten. Wir verweisen die beteiligten Kreise auf diese Gelegenheit, welche besonders auch für diejenigen gedacht ist, welche vorläufig noch keine festen Stellen erhalten konnten. Die Notwendigkeit dieser guten fachlichen Ausbildung zu betonen, möchten wir nicht unterlassen. Unser künftiges Wirtschaftsleben bedarf dringend nicht nur praktisch vorgebildeter Kräfte, sondern unsere jungen Kaufleute müssen mehr als bisher die allgemeinen Lehren der Handelstechnik und der wirtschaftswissenschaftlichen Lehrgegenstände sich zu eigen machen. Ausführliche Lehrpläne werden auf Wunsch kostenfrei von der Leitung der Anstalt zugesandt.

s. **Vandalen.**

In der Weihnachtsnacht wurde in den Anlagen an der Herz-Jesu-Kirche eine ca. 10jährige Silbertanne in frevelhafter Weise abgesägt. Jedenfalls ist sie als Christbaum benutzt worden. Für die Namhaftmachung des Täters sind 50 Mark Belohnung ausgesetzt. Hoffentlich gelingt es den rohen Täter zu ermitteln.

s. **Krieger-Begrüßung Herne-Süd.**

Der Begrüßungsabend der heimgekehrten Krieger des Arbeitervereins, Kirchen-Chors und Jünglingssodalität der Herz-Jesu-Gemeinde am gestrigen Nachmittag, gestaltete sich zu einer erhebenden Feier. Der große Saal des Vedigenheims war bis auf den letzten Platz gefüllt. Herr Pfarrer Düwell begrüßte die heimgekehrten Krieger im Namen der 3 Vereine. Redner warf einen kurzen geschichtlichen Rückblick auf den Verlauf und das Ende des schweren Ringens an den Fronten. Seine Worte klangen aus in dem Wunsche, daß die heimgekehrten Krieger, die den Vereinen wieder restlos beigetreten sind, nun auch in dem Kampfe um unsere heiligsten Güter ihren Mann stellen mögen. Der reiche Beifall zeigte, daß seine Worte lebhaften Widerhall gefunden hatten. Einige Männerchöre, Solis, Theateraufführungen und Turnübungen der Jünglingssodalität trugen zur Verschönerung des Abends bei. Allen Mitwirkenden sei an dieser Stelle der herzlichste Dank ausgesprochen.

Gegen die Kulturkampfpolitik.

Erklärung des Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen.

Mit flammender Entrüstung sieht der Verein katholischer deutscher Lehrerinnen in einer Zeit, die als Anfang der Freiheit gepriesen wird, seine Ideale im deutschen Vaterland schwer bedroht und seine Wirksamkeit gehemmt. Nicht nur, daß die einflußlichen Machthaber im Reich und in Preußen die Trennung von Kirche und Staat auf ihre Fahne geschrieben haben, Herr Adolf Hoffmann, der an die Spitze des preußischen Kultusministeriums getreten ist, erläßt sich in dieser gesetzlosen Uebergangszeit Verordnungen zu treffen, als ob diese Trennung in der schärfsten Form schon Gesetz geworden sei. Wir sollen nicht mehr in der Schule mit unseren Kindern beten, nicht mehr ihre Teilnahme an Messe, Sakramentenempfang und Religionsunterricht fordern können. Die geistliche Ortsschulinspektion soll beseitigt werden, ohne daß auch nur mit ihr unterhandelt worden wäre. Wir sind auf dem besten Wege zur glaubenslosen Schule.

Aus tiefster Seele erheben wir gegen dieses ungesetzliche Vorgehen, gegen diese unsern heiligsten Ueberzeugungen widersprechende Entwickelung Einspruch. Wir verlangen nach wie vor für unsere heilige Kirche in Deutschland ein gesetzliches und auf gerechter Grundlage beruhendes Verhältnis zum Staate. Wir fordern eine Schule, in der wir die katholische Jugend nach den Grundsätzen unseres Glaubens und in Uebereinstimmung mit dem Willen ihrer Eltern unterrichten, aber auch erziehen und in das religiöse Leben einführen können, eine Schule, in der auch der Kirche ihr Einfluß voll und ganz gewahrt wird.

Wir verlangen als freie Glieder eines freien Volkes das Recht, weiter arbeiten zu dürfen an der Jugend in dem gleichen religiösen Geiste, der uns bisher beseelt hat.

Ja, wir hoffen fest, daß manche Fessel, die früher diese Wirksamkeit hemmte, im neuen Deutschland beseitigt werde.

Wir wollen, um dieses Recht und diese Freiheit zu sichern, uns fest in unserem katholischen Standesverein zusammenschließen, wir werden unausgesetzt dafür unsere Stimme erheben, und jedes persönliche Opfer wollen wir, wenn nötig, dieser unserer Ueberzeugung bringen. Wir fordern fürs neue Deutschland Freiheit für jede christliche Ueberzeugung. Wir fordern aber mit doppeltem Nachdruck freie Auswirkung aller Kräfte, die zur Aufrichtung und Gesundung unseres lieben Volkes helfen können. Daher auch: Freiheit für unsere heilige Kirche. Freiheit für die christliche Schule. Freiheit für die katholische Lehrerin!

Für den Verein katholischer deutscher Lehrerinnen:
Maria Schmitz, 1. Vorsitzende.

Provinzielles.

* **Iserlohn**, 25. Dez. In Kendlingen wurde ein junges Mädchen von ihrem Bruder, der mit einem Militär-Karabiner spielte, erschossen. Im nahen Aue mußte sich ebenfalls beim Spielen mit einer Militärpistole ein Schuß. Das Geschoß drang einem jungen Mann in die Lunge, der tödlich verletzt niedersank.

* **Iserlohn**, 25. Dez. Das Kaninchen, das Schwein des ganz kleinen Mannes, ist in letzter Zeit ganz gewaltig im Preise und Ansehen gestiegen, so daß man vom billigen Braten nicht mehr gut sprechen kann. In der letzten Iserlohner Kaninchenausstellung wurden, wie das „Iserl. Tagebl." schreibt, für ein Kaninchen fast 200 Mark gefordert, während bei den jetzigen Vierteserlauben ein edler „Renner" oft nur 50 Mk. aufbrachte. Es ist eine tolle Zeit!

* **Schwerte**, 25. Dez. In den letzten Tagen sind aus einem im Bahnhof Geisecke befindlichen Waggon 3 Karren usw. im Werte von 50 000 Mk. gestohlen worden. Um die Diebe abzufassen, ließ sich ein Eisenbahnbeamter in diesen Waggon einschließen und es gelang ihm in der letzten Nacht, fünf der Spitzbuben, meist Jugendliche, festzunehmen.

* **Crudenbrück**, 25. Dez. In der Nähe unseres Ortes waren auf den Wiesen über 1000 Stück Schlachtvieh aufgetrieben, welches sich dort schon mehrere Tage ohne Futter herumtrieb. Es befanden sich darunter wahre Prachtexemplare, die zugrunde gehen, wenn sie noch länger Hunger leiden müssen. Von den abhanden gekommenen 40 Stück hat man erst einige wiedergefunden. Es ist doch kaum glaublich, daß eine solche Anzahl spurlos verschwunden sein sollte. Man kennt unsern Ort nicht mehr wieder. Diebstähle über Diebstähle sind an der Tagesordnung. Besonders der Bahnhof ist der Platz, wo Tag und Nacht gestohlen wird.

* **Bielefeld**, 25. Dez. Eine kulturgeschichtlich interessante und wertvolle Sammlung hat die hiesige Stadtsparkasse in einer Ausstellung von Kriegsnotgeld geschaffen. In mehr als 1000 Stücken — von 1 Pfennig bis zu 100 Mark beim Kronen — ist das Kriegsnotgeld nicht nur der Städte, Kreise, Provinzen sowie einzelner gewerblicher und industrieller Organisationen von ganz Deutschland, sondern auch von Oesterreich, Ungarn, Rußland, Montenegro, Frankreich, Belgien und England vertreten. In einer besonderen Abteilung ist das Kriegsgefangenengeld, das in den deutschen Gefangenenlagern verausgabt wurde, zusammengestellt. Weitere Abteilungen zeigen die Herstellung des Geldes, sowie eine Reihe künstlerisch wertvoller Entwürfe für Geldscheine.

* **Bielefeld**, 25. Dez. Die Schlossergehilfen G. Meingert und W. Decker hatten jeder ein Gewehr in der Fabrik im Scherz aufeinander angelegt, in der Meinung, die Gewehre seien nicht geladen. Sie waren aber beide geladen. Das Gewehr des W. Decker entlud sich und zerschmetterte dem Georg Meingert den Schädel.

* **Duisburg**, 25. Dez. Hier erschienen in einem Uhren- und Goldwarengeschäft auf dem Sonnenwall zwei Militärpersonen, der Uniform nach Belgier, suchten sich zwei goldene Herrenuhren aus und verschwanden, ohne zu bezahlen. Einer der Leute bedrohte den Ladeninhaber mit seinem Revolver. Anscheinend dieselben Personen erschienen in einem Zigarrengeschäft der Friedrich-Wilhelmstraße und nahmen hier zwei Kisten Zigarren mit.

Aus dem Felde zurück
Dr. Gosmann, Kinderarzt,
Bochum, Wilhelmstraße 15. Sprechstunden Werktags vorm. 9—10, nachm. 3—5 Uhr. Fernspr. 1140.



Pferde-Auktion

Am Freitag, den 27. und Samstag, den 28. ds. Mts. vormittags 8,30 Uhr, findet bei dem immobilen Pferdelazarett 38 in **Münster i. W.**, Dahlweg, meistbietender Verkauf von

ca. 350 volljährigen Arbeitspferden

statt. Halfter und Stricke sind mitzubringen. Kriegsanleihe wird mit in Zahlung genommen. Berufsmäßige Händler sind ausgeschlossen.

Immobiles Pferdelazarett 38, Münster i. W.

Bekanntmachung.

Es werden Klagen darüber laut, daß Pferdemetzger den durch Bekanntmachung vom 12. Dez. 1918 festgesetzten Höchstpreis überschritten bezw. Pferdefleisch zu den in der genannten Bekanntmachung bestimmten Preisen nicht abgeben wollen. Im Interesse der Allgemeinheit liegt es, Fälle der erwähnten Art sofort bei der zuständigen Polizeibehörde zur Anzeige zu bringen, damit gegen den Verkäufer das Strafverfahren bezw. das Verfahren auf Entziehung der Genehmigung zur Roßschlachterei und Pferdefleischverkauf eingeleitet werden kann.

Dortmund, den 20. Dezember 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat. Der Landrat.
Wird hiermit veröffentlicht. 7894

Sodingen, den 24. Dezember 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat: Der Amtmann:
Hohmeyer und Schiller. Wiethoff.

Kaufm. Schule d. Handelskammer
Fernspr. 451. **Bochum**, Bismarckstr. 13, (Eingang Jahnstr.)
Lehrgang für entlassene Soldaten.
Dauer: Sechs Monate. Beginn: 15. Jan. 1919.
Sohnlgeld: 75 Mark. Für Unbemittelte Ermässigung.
Unterricht: Täglich vormittags 9—1 Uhr. Lehrplan wird auf Verlangen zugesandt oder während der Geschäftsstunden (10—1 Uhr) ausgehändigt. 7986
Auskunft durch Herrn Direktor Dr. Rasch während der Sprechstunden (11—1 Uhr ausser Montag und Donnerstag).
Der Vorsitzende des Schulvorstandes.
Stadtrat Walter Bosch.

Maschinenreparaturen
insbesondere von Dampf-Lokomobilen, Dampfwalzen, Dampfaufzugswinden, kleineren Bergwerksmaschinen jeder Art, landwirtschaftliche Maschinen jeder Art, Ausführung von leichten Eisenkonstruktionen, Schmiedearbeiten, 7458
autogene Schweissungen
führen wir, gestützt auf eine erstklassige Werkseinrichtung, prompt u. zu billigsten Tagespreisen aus.
Tischler & Seichter,
Eisenwerk, Recklinghausen-Süd,
Fernruf Herne 201. — — Schliessfach 21

Steffens Saalbau-Theater, Herne
7939 Direktion Adolf Steffen.
Heute Freitag, den 27. Dezember 1918:
Einlass 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Hanneri (Dreimäderlhaus II. Teil)
Operette in 3 Akten.
Vorverkauf in den Zigarrengeschäften von Georg und Alfred Köhler.
Voranzeige:
Samstag, den 28. Dezember 1918.
Die Winzerkraut
Operette in 3 Akten.

Trauerbriefe, Todesanzeigen, Danksagungskarten
schnell u. preiswert Buchdruckerei Ingmanns & Koethers.

Verloren.
Portemonnaie mit Inhalt verlor eine arme Frau auf dem Wege von Schule Mont-Cenisstraße Herne bis zur Straßenbahn Bindestr. Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe gegen hohe Belohnung in der Geschäftsst. d. Herner Anzeigers abzugeben. 7890

Klempner
gesucht. 7988
Maschinenfabrik Baum.

Maurer und Handlanger
sucht 7977
Baugeschäft Kraus, v. d. Heydtstr. 61.

Arbeiter und Arbeiterinnen
sofort gesucht. 7893
Zu melden beim Polier Fröhlich, Baustelle Nordstr., Sodingen.

Kräftige 7907
Lagerarbeiter
gegen hohen Lohn gesucht.
Kohlenhandlg. Wilh. Heiermann, Wilhelmstraße

Suche sofort braves kath.
Mädchen
welches auch kinderlieb ist, im Alter von 18—20 Jahren, bis nachmittags 4 Uhr. 7889
Witwe Franz Bromen, Bahnhofstr. 27.

Für sofort ordentliches
Mädchen
gesucht. 7889
Bolte, Mont-Cenisstr. 95.

Schöne 7894
Mansarden-Wohnung
mit Balkon, 3—5 Zimmer, im Hause Ia Rocherstr. 51, zum 1. Jan. 19. an ruhige Familie zu vermieten. Näh. res
W. Schmitz, Hochlarmark.

2 junge Herren suchen freundl. möbliertes 7967
Zimmer
am liebsten Sodingen oder Holthausen. Zu erfr. in der Geschäftsstelle des Sodinger Anzeigers.

5 Zimmer-Wohnung
mit Zubehör, el. Licht, von kl. Familie (3 Personen) zum 1. April oder früher gesucht.
Angebote an 7898
Ernst Laufer, Herne.

4—5-räumige
Wohnung
für sofort od. später zu mieten gesucht.
Offerten unter R. B. 7080 an die Geschäftsstelle d. Herner Anzeigers.

3 junge Männer suchen zum 1. Januar oder später
Kost u. Logis
in der Nähe der Zeche Centumtin 4 u. 5. Offert. u. C. G. 7982 an die Geschäftsst. des Herner Anzeigers.

Küche u. Schlafzimmer
wird von Privat gesucht gegen Barzahlung. Off. m. Pr. unter M. S. 7947 an die Geschäftsst. des Herner Anzeigers.

Mann erhält 7854
Kost und Logis.
Shamrockstr. 24, bei Gustalla.

Ich beabsichtige mein in unmittelbarer Nähe von 2 Zechen im westlichen Stadtteil v. Herne gelegenes, äußerst rentables
Mietshaus
preiswert zu verkaufen.
Gefl. Anfragen erbeten unter M. T. 7959 an d. Geschäftsst. des Herner Anzeigers.

Kleines 7944
Ladenlokal
mit abgeschlossener 2-Zimmer-Wohnung sofort zu vermieten.
Mont-Cenisstraße 74.

Ziegen u. Felle
werden stets angekauft. 2871
Gottschalk, Recklinghausen-Süd, Viktorstraße 26.

Emaillewaren
in großer Auswahl billig zu verkaufen.
H. Heiland
Bahnhofstraße 3a.

Bin Käufer
7909 von
Lumpen, Papier, Flaschen, Eisenschrot,
M. Franke,
Grabenstraße 23.
Papiersortieranstalt, Eisen und Metalle en gros.



Belgier, ostfriesische
Milchschafe
eingetroffen. 7436
Julius Sternberg, Bochum, Heinrichstr. 11, 2. Etg. Eingang Royalstr. Telefon 248.

Bohnerwachs und Fußmatten.
Sayn & Hüls,
Herne, Bahnhofstraße 147.
Fernruf 843. 1568

Kardätschen,
Kardringe,
Roster,
Schamotte,
Schamottesteine,
Oleuroare,
Patentknie
empfiehlt preiswert 7752
H. Heiland,
7751 Bahnhofstr. 3a.

Ein 7795
Ladenlokal
mit Wohnung per 1. Januar zu vermieten
Sodingen, Kaiser-Wilhelmstr. 3.

Prima
Wasch-Mittel
wie 7781
br. Schmierseife
versendet in 5 und 10 Pfundpaketen a 2.50 Mk. per Nachnahme. Dauernd Nachbestellungen.
R. Lehnke,
Dortmund,
Bissenkamp 5.

Glashandlung
Sayn & Hüls
Herne, Bahnhofstr. 117, Fernruf 843, empfehlen
Buntglas-Imitation
Ersatz für Gardinen.
Herrliche Muster. (1000)
Leichtes Anbringen.

Geld gegen monatliche Rückzahlung verleiht diskret 7453
H. Blume, Hamburg 5.

Schlachtziegen
zu kaufen gesucht. 4078
A. Kaufmann,
Herne, Bahnhofstraße 10.
Fernruf 219

Druckarbeiten
für jeden Bedarf in sorgfältiger Ausführung.
Ingmanns & Koethers
Buch- und Kunstdruckerei
Herne. Fernruf 961.

Fieberthermometer Mk. 4.50.
Drogerie Meiche.

Samstag, den 28. Dezember 1918, abends pünktlich 7,30 Uhr

findet im Saale des Hotel Schlenkhoff, Herne, eine

Große öffentliche Volksversammlung

statt, zu der alle Parteien und Religionsbekenntnisse hiermit eingeladen werden.

Herr Rabbiner Dr. Lange, Essen, wird über das Thema sprechen:

„Juden — Weltkrieg — Revolution".

Nach erfolgtem Vortrag freie Diskussion.

7933 Die Einberufer.

In letzter Stunde!

(Das Geheimnis von Zimmer Nr. 6)

Der gewaltigste Sensations-Detektiv-Schlager der Gegenwart. — Ab Samstag im 7998

Palast-Theater, Herne.

Statt Karten!

Die Verlobung Ihrer Tochter Nelly mit Herrn Siegfried Oppenheim beehrt sich anzuzeigen

Frau Wwe. A. Klaber

Embken (Rhld.), Weihnachten 1918.

Nelly Klaber
Siegfried Oppenheim
Verlobte

Embken (Rhld.) z. Zt. Herne — Vacha Th.

Weihnachten 1918.

7933

Seefahrtspersonal,

junge Leute, ungelernte Arbeiter und Handwerker aller Berufe, die militärfrei sind u. zur See fahren wollen, erhalt. Rat u. Auskunft. briefl. Schreibe an „Seemannsruh", Auskunftsst. für Schiffs-Personal, Kiel, Wall 24. 7987

In letzter Stunde!

(Das Geheimnis von Zimmer Nr. 6).

Der gewaltigste Sensations-Detektiv-Schlager der Gegenwart. — Ab Samstag im 7998

Palast-Theater, Herne.

Änne Cekalla 7916
geb. Dirbach
Diedrich Rottmann
VERLOBTE.
Herne, Weihnachten 1918.

Statt Karten.

Hedwig Jankowsky
Reinhold Friese
VERLOBTE. 7890
Weihnachten 1918.

Statt Karten.

Die Verlobung ihrer Kinder Liesel und Hans beehren sich anzuzeigen

Heinrich Fingerhut und Frau
Luise geb. Butterweck.

Frau Wwe. Emilie Holzhauer
geb. Fehlert.

Liesel Fingerhut
Hans Holzhauer
Verlobte.

7998 Weihnachten 1918.

Carl Müllers Bierstuben
Bahnhofstr. 9b.
C. M.
Wein- und Bier-Dielen
Vornehm und behaglich eingerichtet.
Täglich gemütliches Unterhaltungs-Konzert.

Freiwillige Versteigerung.

Am Sonnabend, den 28. Dez., 10 Uhr vormittags werde ich an Ort und Stelle hierselbst folgende Gegenstände als:

2 Kleiderschränke, Wäscheschrank 3 komplette Betten, 1 Kommode Glasschrank, Sofatisch, Waschtisch, 1 Anrichte, 1 Küchenspind, 1 Herd, 12 Stühle, 1 Sessel, 1 Solospiel Wanduhr, 1 Weckuhr, 1 Hängelampe, 1 Spiegel, 1 Waschmaschine, Küchengerät u. dergl. m.

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern. Kaufgeneigte wollen sich Altenhöfenerstraße 145 einfinden. 7894

Herne, den 27. Dezember.

Hüper, Gerichtsvollzieher.

---

1 Kleiderschrank, 1 Bett mit Matratze, 1 Waschtisch m. Spiegel, 1 Nachtkonsole, 2 Stühle, 1 Tisch, 1 Ofen m. Zubehör, 1 gep. Kinderklappstuhl, fast neu, wegen Umzug billig zu verkaufen. 7974

Bahnhofstr. 118.

Prima rote u. gelbe Speisemöhren,

a Zentner 10 Mark abzugeben, 7744

Schulstr. 26.

Gut erhaltenes 7913

Eßey-Harmonium

11 Reg. zu verkaufen.

Bebrnestr. 12, Ecke Markgrafenstraße, 2. Etg. rechts.

Bekanntmachung

über die Ausgabe der neuen Brotmarken, sowie Fleisch- und Zuckerkarten.

Mit der Ausgabe der neuen Brotmarken, sowie Fleisch- und Zuckerkarten wird am Samstag, den 28. Dezember 1918 begonnen. Die Ausgabe erfolgt Behrenstraße 7 (Ausgabestelle I), Bismarckstraße 12 (Ausgabestelle II) Steinweg 2 (Ausgabestelle III) von 8—12 Uhr vormittags und 3—6 Uhr nachmittags, **mit Ausnahme des Sonnabends, den 28. Dezember 1918 und 4. Januar 1919, an dem die Ausgabe von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags stattfindet.**

Die Ausgabe erfolgt in der Reihenfolge der Brotscheinhüllen-Nr. und zwar:

A. Ausgabestelle I.

Nr.	1— 1550	Samstag,	28. Dezember	1918,
„	1551— 3100	Montag,	30. „	1918,
„	3101— 4650	Dienstag,	31. „	1918,
„	4651— 6200	Donnerstag,	2. Januar	1919,
„	6201— 8250	Freitag,	3. „	1919,
„	8251—Schluß	Samstag,	4. „	1919.

B. Ausgabestelle II.

Nr.	10001—11100	Samstag,	28. Dezember	1918,
„	11101—12200	Montag,	30. „	1918,
„	12201—13300	Dienstag,	31. „	1918,
„	13301—14400	Donnerstag,	2. Januar	1919,
„	14401—15500	Freitag,	3. „	1919,
„	15501—Schluß	Samstag,	4. „	1919.

C. Ausgabestelle III.

Nr.	20001—20[illegible]	Samstag,	28. Dezember	1918,
„	20801—21[illegible]0	Montag,	30. „	1918,
„	21801—227[illegible]	Dienstag,	31. „	1918,
„	22701—23600	Donnerstag,	2. Januar	1919,
„	23601—24500	Freitag,	3. „	1919,
„	24501—Schluß	Samstag,	4. „	1919.

Die Brotscheinhüllen bezw. Ausweise, sowie die Mittelstücke der Fleischkarten sind vorzulegen. Personen, die früher als an den für sie bestimmten Tage kommen, müssen zurückgewiesen werden. Jeder muß deshalb auf seine Brothüllen-Nr. genau achten. Die Ausgabe erfolgt nur an Erwachsene, Kinder unter 14 Jahren müssen zurückgewiesen werden. Wir weisen noch ganz besonders darauf hin, daß die ausgegebenen Karten **in der Ausgabestelle sofort nachzuzählen** und gut aufzubewahren sind, da Ersatz grundsätzlich nicht mehr geleistet werden kann.

Von der Bescheinigung des Kontrollabschnittes D des Berechtigungsausweises für Schwerarbeiter wird diesmal Abstand genommen.

Herne, den 23. Dezember 1918.

Der Arbeiter- u. Soldatenrat: Seltmann. **Der Magistrat:** Dr. Sporleder.

---

2 Filmsterne

7998

Ria Witt	Sybill Smolowa
in dem stimmungsvollen Liebesroman: **Des Vaters Schuld.** 4 Pracht-Akte voll hochdramatischen Inhaltes. Entzückende Handlung Herrl. Szenerien! Meisterhaftes Spiel! Frl. Ria Witt kommt demnächst persönlich!	in dem großen Filmschauspiel **Gefallene Blüten** Ein Drama in 4 Abteilungen. Unstreitig einer der herrlichsten Liebesromane der Gegenwart!!! Lyrische Feinheiten. Prunkvolle Ausstattung.

Ab SAMSTAG im

Palast-Theater

Nur noch heute unser mit grossem Beifall aufgenommener

Weihnachts-Spielplan.

Besuchen Sie die Vorstellungen

7940 des

Zirkus-Variete Herne

Bahnhofstrasse 7, an der evangl. Kirche.

Täglich abends 8 Uhr. Ende 10½ Uhr.

10 grosse Welt-Attraktionen 10

— Nach Schluss Strassenbahnen nach allen Richtungen. —

Bekanntmachung.

In letzter Zeit nehmen Anträge auf Erstattung verlorengegangener oder sonstwie abhanden gekommener Lebensmittelkarten derart zu, daß Ersatz hierfür unter keinen Umständen mehr gewährt werden kann.

Es wird daher nochmals darauf aufmerksam gemacht, die Marken im eigenen Interesse sorgfältig aufzubewahren und nicht, wie es schon häufig vorgekommen ist, den Kindern zugänglich zu machen.

Sämtliche Anträge müssen in Zukunft unberücksichtigt bleiben.

Sodingen, den 23. Dezember 1918.

Der Amtmann: Wiethoff.

Der Arbeiter- und Soldatenrat: Hofmeyer. Schilla.

7892



Pferde-Verkauf.

Freitag, den 27. Dezember, werden auf dem Hofe der alten Trainkaserne in Münster

einige hundert Pferde

öffentlich meistbietend versteigert. Der Verkauf beginnt vormittags 8,30 Uhr, nachmittags 2 Uhr.

Händler sind vom Verkauf ausgeschlossen.

Train-Ersatz-Abteilung Nr. 7.

Bekanntmachung.

Die Wählerlisten für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung liegen vom 30. ds. Mts. ab in der Turnhalle der Oberrealschule, Hohenzollernstraße, während der Bürostunden, vormittags von 8½—11 Uhr, nachmittags von 3 bis 7 Uhr, zu jedermanns Einsicht 8 Tage lang bis einschließlich 6. 1. 1919 aus. Einsprüche gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Wählerlisten sind während der Auslegefrist beim Magistrat schriftlich anzubringen oder im Auslegungsraum während der genannten Zeiten zu Protokoll zu geben.

Herne, den 24. Dezember 1918.

Der Magistrat: Dr. Sporleder.

Der Arbeiter- und Soldatenrat:
J. A.: Hölkeskamp.

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Mieten für die Kriegsteilnehmer und Kriegerwitwen für die Monate Oktober, November und Dezember erfolgt **am Freitag, den 27. ds. Mts.:** Gemeinde **Börnig** im Amtshaus Zimmer 8, Gemeinde **Sodingen** im Amtshaus Zimmer 10, Gemeinde **Holthausen** im Amtshaus Zimmer 10, und zwar vormittags von 8½—12 Uhr und nachmittags von 2½—5 Uhr.

Um eine geordnete Kassenführung zu ermöglichen, ist erforderlich, daß die Hausbesitzer die Zahlungstage unbedingt innehalten.

Sodingen, den 24. Dezember 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat:
Hofmeyer. J. V.: Berthaus.

Der Amtmann:
Wiethoff.

8000

Bekanntmachung.

Aus dem Felde zurückgekehrt, habe ich in Herne, Bahnhofstrasse 123 II, ein **Rechts-Büro** errichtet. — Die Bearbeitung aller in die Praxis eines Rechtsanwalts einschlägig. Rechts-Angelegenheiten, insbesond. Nachlass- und Erbschaftsregulierungen, Grundbuchangelegenheiten, sowie Anfert. von Verträgen all. Art, wird prompt u. gewissenh. erledigt. — Es bittet um gewogen. Zuspruch — Anton Krain, Rechtsanw. u. Notar-Bürovorsteh. a. D.

Das Lichtspiel-Programm für jeden Geschmack! 7999

2 herrliche Liebesromane, 1 Aufsehen erregender Detektiv-Sensations-Schlager.

Ab Samstag im **Palast-Theater, Herne.**

Grosse Lagerbestände machen es mir möglich

Möbel

Küchen, Schlafzimmer, weiß, Kochmaschinen, einzelne Bettstellen Matratzen, Stühle

noch zu riesig günstigen Preisen zu verkaufen. Auch bringe mein grosses Lager Bettfedern u. Daunen, Inlett, Bettbarchende in Erinnerung.

S. Hohenstein, Herne,

Bahnhofstrasse 50b. 7144

Hilfsarbeiter

für dauernde Beschäftigung gesucht. 7995

Victor Halsbrück Wwe.

Gruben- und Kokswagenfabrik, Herne i. W.

Kleine Anzeigen,

wie Wohnungen, Stellungen, An- und Verkäufe, sowie sonstige Gelegenheitsanzeigen finden durch den „Anzeiger" weiteste u. zweckmässigste Verbreitung.